

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 23/2021

10. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2021 und 2022 (VwV-HWiF 2021/2022) Az.: 22-H1200/292/1-2021/14845 vom 21. Mai 2021 662

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Zulassung privater Gegenproben-sachverständiger im Freistaat Sachsen nach der Gegenproben-Verordnung vom 17. Mai 2021 676

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der bestehenden Anlage zur zeitweiligen Lagerung von gefährlichen Abfällen der Firma ubatt GmbH am Standort Glauchau – Entfall des Erörterungstermins – Gz.: 44-8431/2378 vom 25. Mai 2021 677

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Oberflächenbehandlung unter Verwendung organischer Lösungsmittel (Lithografie) der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG am Standort Königsbrücker Straße 180 in 01099 Dresden Gz.: DD44-8431/2137/4 vom 28. Mai 2021 678

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung CAMWEL Gz.: 20-2245/626/1 vom 25. Mai 2021 680

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Landesregulierungsbehörde Sachsen über die Festlegung von Vorgaben von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbständigen Netzbetreibern Az.: LRB-4153/86/10 vom 26. Mai 2021 681

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2021 und 2022 (VwV-HWiF 2021/2022)

Az.: 22-H1200/292/1-2021/14845

Vom 21. Mai 2021

1. Allgemeine Bewirtschaftungsgrundsätze
2. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel
 - 2.1 Bewirtschaftung von Ausgaben
 - 2.2 Bewirtschaftung von Verpflichtungsermächtigungen
 - 2.3 Ausstattung von Diensträumen
 - 2.4 Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen
3. Personalausgaben und Beschäftigungspotenzial
 - 3.1 Meldungen zum Beschäftigungspotenzial
 - 3.2 Stellenpool für schwerbehinderte Menschen
4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
5. Anmeldung des Kassenbedarfs
6. Prognose des Haushaltsabschlusses
7. Berichterstattung zu den EU-Programmen
8. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Gemäß § 5 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (Sächs-GVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, wird zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2021 und 2022 folgende Verwaltungsvorschrift erlassen:

1. **Allgemeine Bewirtschaftungsgrundsätze**
- 1.1 Verringert ein Drittmittelgeber seinen Anteil an den Ausgaben für gemeinsam finanzierte Aufgaben betragsmäßig, so sind die entsprechenden Landesmittel im jeweiligen Verhältnis zu kürzen. Die auf die Kürzung entfallenden Ausgabemittel dürfen für den jeweiligen Einzelplan nicht in Anspruch genommen werden. Dies gilt nicht, soweit im Programm zusätzliche Landesmittel veranschlagt sind. Hier ist eine zweckentsprechende Verwendung möglich.
- 1.2 Bei Vorfinanzierungen im Rahmen von Erstattungsverfahren ist dafür Sorge zu tragen, dass die Erstattungsansprüche unverzüglich geltend gemacht werden.
- 1.3 Ausgaben dürfen nicht vor Fälligkeit geleistet werden. Ist eine sofortige Zahlung vereinbart oder fehlt eine Vereinbarung über den Zeitpunkt der Zahlung, so entsteht mit Eingang der Zahlungsaufforderung ein sofortiger Anspruch des Zahlungsempfängers (sofortige Fälligkeit gemäß § 271 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 [BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738], das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. November 2020 [BGBl. I S. 2392] geändert worden ist), in der jeweils geltenden Fassung. Es ist zu beachten, dass sofort zu leistende Ausgaben nach Zahlungsaufforderung möglichst zügig sachlich und rechnerisch festgestellt und gegenüber der zuständigen Kasse zur Auszahlung angeordnet werden.

2. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel

- 2.1 Bewirtschaftung von Ausgaben

Das Staatsministerium der Finanzen willigt gemäß § 34 Absatz 3 der Sächsischen Haushaltsordnung ein, dass Ausgaben für Investitionen im Haushaltsjahr 2021 und im Haushaltsjahr 2022 in voller Höhe geleistet werden.
- 2.2 Bewirtschaftung von Verpflichtungsermächtigungen

Die Einwilligungen in die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 34 Absatz 3 und § 38 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung gelten für das Haushaltsjahr 2021 und das Haushaltsjahr 2022 beim jeweiligen Titel in voller Höhe als erteilt, soweit sich das Staatsministerium der Finanzen nicht im Einzelfall die Einwilligung vorbehält.
- 2.3 Ausstattung von Diensträumen

Die Beschaffung richtet sich nach Maßgabe des Haushaltsplans 2021/2022 sowie des Haushaltsrechts, insbesondere dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 der Sächsischen Haushaltsordnung) sowie den Regelungen zum Erwerb und zur Veräußerung von Vermögensgegenständen (§ 63 der Sächsischen Haushaltsordnung). Grundsätzlich dürfen Neuausstattungen für Diensträume nur beschafft werden, wenn die zu ersetzende Ausstattung nicht mehr funktionstüchtig ist oder nicht mehr den Arbeits- und Gesundheitsstandards entspricht und der Bedarf nicht aus dem Bestand ersetzt werden kann.
- 2.4 Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

Die Richtsätze und Regelungen für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen gemäß Anlage 4 sind einzuhalten.

3. Personalausgaben und Beschäftigungspotenzial

- 3.1 Meldungen zum Beschäftigungspotenzial
 - 3.1.1 Stellenplan

Die Besetzungen der Stellenpläne sind durch folgende Meldungen zu dokumentieren:

 - a) die Ist-Besetzung der Stellenpläne für Planstellen und andere Stellen entsprechend Anlage 1,
 - b) die Ist-Besetzung der Stellenpläne für Leerstellen einschließlich der Abordnungseinstellen entsprechend Anlagen 2a und 2b.
 - 3.1.2 Stellenplan der Schulkapitel

Für die Schulkapitel 05 35 bis 05 39 ist abweichend von Nummer 3.1.1 getrennt nach Kapiteln zu melden:

 - a) Ist-Besetzung der Stellenpläne entsprechend Anlage 1 unter Angabe der Inanspruchnahme
 - des Kapitelvermerks bei 05 02,
 - der Kapitelvermerke bei 05 35 bis 05 39 Nummer 1 bis 4,

- b) Umfang der Leerstellen wegen Ausübung eines Abgeordnetenmandats (§ 7d Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2021/2022 vom 20. Mai 2021 [SächsGVBl. S. 558]); Elternzeit (§ 7d Absatz 3 des Haushaltsgesetzes 2021/2022), Rente auf Zeit wegen voller Erwerbsminderung (§ 7d Absatz 4 des Haushaltsgesetzes 2021/2022), Fälle des § 50 Absatz 5 und 6 der Sächsischen Haushaltsordnung beziehungsweise Fälle des Verzichts auf die Ausbringung einer Leerstelle (§ 7d Absatz 8 des Haushaltsgesetzes 2021/2022),
- c) Umfang des freien Stellengehalts nach § 7c Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2021/2022,
- d) Umfang des Mutterschutzes/mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverbotes, soweit nicht unter Buchstabe b erfasst.
- 3.1.3 **Drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse**
Der Nachweis der Inanspruchnahme der haushaltsgesetzlichen Ermächtigungen zum Führen von drittmittelfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen (§ 7 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 des Haushaltsgesetzes 2021/2022) mit Ausnahme der Hochschulen und der Beschäftigten der Sächsischen Krankenhäuser und der Heime in der Trägerschaft des Freistaates Sachsen erfolgt mit Anlage 3.
- 3.1.4 **Verfahren und Stichtage**
Die Meldungen zum Stellenplan und zu den drittmittelfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen sind dem Staatsministerium der Finanzen, Referat 21, in elektronischer Form unter Verwendung der entsprechenden Anlagen in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 zu den Stichtagen 1. Januar und 1. Juli bis spätestens zum 20. des jeweiligen Monats zu übersenden.
- 3.2 **Stellenpool für schwerbehinderte Menschen**
Gemäß § 8 Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2021/2022 werden in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 jeweils 50 Stellen sowie die dazugehörigen Personalausgaben gesperrt, soweit sie nicht für die Einstellung schwerbehinderter Menschen genutzt werden. Die Aufteilung der gesperrten Stellen auf die Ressorts einschließlich des jeweiligen nachgeordneten Bereichs ergibt sich aus der Berechnung in Anlage 5.
Die Zusatzsperrstellen und die anrechenbaren Sperrstellen gemäß § 8 Absatz 4 des Haushaltsgesetzes 2021/2022 werden den Ressorts mit gesonderten Schreiben mitgeteilt.
Durch die Sperre gemäß § 8 des Haushaltsgesetzes 2021/2022 ist jede Neubesetzung einer freien Stelle unzulässig, solange durch das jeweilige Ressort die erforderliche Anzahl regulärer Stellen dem Stellenpool nicht zugeführt wurde.
- 4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben**
- 4.1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind haushaltsmäßig – spätestens zum 31. Dezember – titelgenau im jeweiligen Einzelplan einzusparen. Einsparungen im Gesamthaushalt sind grundsätzlich nicht möglich. Zur Einsparung herangezogene Ausgabenmittel stehen bei übertragbaren Ausgaben für die Bildung von Ausgaberesten nicht zur Verfügung.
- 4.2 Bei Nichtinanspruchnahme einer zusätzlich gewährten Ausgabenermächtigung ab 1 Million Euro, die durch Deckung im Gesamthaushalt oder durch Einnahmen vom Bund beziehungsweise EU finanziert wird, ist das Staatsministerium der Finanzen frühzeitig darüber zu informieren.
- 5. Anmeldung des Kassenbedarfs**
- 5.1 Die Ressorts und ihre nachgeordneten Behörden sowie die Staatsbetriebe, die Zahlungen über die Hauptkasse des Freistaates Sachsen durchführen, teilen dem Staatsministerium der Finanzen, Referat 22, mit anliegendem Formblatt (Anlage 6) bei Bekanntwerden der Fälligkeit die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben ab einem Betrag von je 5 Millionen Euro mit. Alternativ kann die Meldung per E-Mail (liquiditaet@smf.sachsen.de), telefonisch, per Fax (0351/564-42209) oder durch frühzeitige Übersendung von Abdrucken der Kassenanordnungen erfolgen.
- 5.2 Innerhalb eines Haushaltsjahres regelmäßig wiederkehrende Zahlungen ab je 5 Millionen Euro sind bei Bekanntwerden der Fälligkeit anzuzeigen. Dies gilt auch, wenn der Betrag lediglich annäherungsweise feststeht.
- 5.3 Die Meldepflicht nach Nummer 5.1 und 5.2 gilt auch für Dritte, die Zahlungen über eine Kasse des Freistaates durchführen.
- 6. Prognose des Haushaltsabschlusses**
Damit Haushaltsrisiken oder auch Haushaltsentlastungen frühzeitig erkennbar werden, sind Meldungen zur voraussichtlichen Entwicklung des Haushaltsvollzugs unerlässlich.
Alle zu erwartenden Einnahmen, Ausgaben und Ausgabereste sind sachgerecht zu prognostizieren. Dabei ist Folgendes einzubeziehen:
- genehmigte überplanmäßige, außerplanmäßige sowie zusätzliche Ausgaben,
 - Änderungen bei Ausgaben und den damit verbundenen Einnahmen aus EU- und Bund-Länder-Programmen,
 - eine angemessene Prognose der Einnahmen.
- Die Ressorts ermitteln ihre voraussichtlichen Einnahmen, Ausgaben und Ausgabereste zum Stand 31. Dezember 2021 beziehungsweise 31. Dezember 2022 getrennt nach Hauptgruppen (HGr.) sowie untergliedert nach Gruppen 422, 428 beziehungsweise Obergruppen 81–82 und 83–89 mit Muster nach Anlage 7a.
Alle Titel, ausgenommen die der HGr. 4, die Abweichungen vom Haushaltsansatz von mehr als 2 Millionen Euro aufweisen, sind mit Muster nach Anlage 7b nachzuweisen. Hiervon abweichend sind alle voraussichtlichen EU-Einnahmen der Förderperioden 2014–2020 und 2021–2027 in der Anlage 7b nachzuweisen. Diese Anlagen sind dem Staatsministerium der Finanzen, Referat 22, per Mail an prognose@smf.sachsen.de jeweils zu den Stichtagen 30. Juni, 31. August, 30. September und 31. Oktober bis zum 15. des Folgemonats zu übersenden.
Die Meldungen erfolgen abweichend von Nummer 2.6.2 der Verwaltungsvorschriften zu § 34 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 [SächsABI. Sdr. S. S 226], die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 [SächsABI. S. 434] geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 [SächsABI. Sdr. S. S 352]).

7. Berichterstattung zu den EU-Programmen

Durch die betreffenden Ressorts sind zu den Stich-
tagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. De-
zember (beginnend mit dem 31. Dezember 2020)
die Werte für die vereinnahmten und verausgabten
Mittel aus Fonds der Europäischen Union je Titel in
den Bereichen „Europäischer Fonds für regionale
Entwicklung“, „Europäischer Sozialfonds“, „Europäi-
scher Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des
ländlichen Raums“ und „Europäischer Fischereifonds/
Europäischer Meeres- und Fischereifonds“ für die ent-
sprechenden Förderzeiträume gemäß Anlage 8 bis
zum 15. des jeweiligen Folgemonats zu melden.
Das Staatsministerium der Finanzen kann bei Bedarf
weitere Angaben abfordern.

8. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Verkündung
des Haushaltsgesetzes 2021/2022 in Kraft, soweit in
Satz 2 nichts anderes bestimmt ist. Die Regelungen
zum Vollzug des Haushaltsjahres 2022 treten am
1. Januar 2022 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Verwaltungsvorschriften des
Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur
Haushalts- und Wirtschaftsführung 2019/2020 vom
17. Dezember 2018 (SächsABl. 2019 S. 87), enthalten
in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019
(SächsABl. Sdr. S. S 352), sowie die Verwaltungs-
vorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der
Finanzen zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschafts-
führung vom 11. Dezember 2020 (SächsABl. 2020
S. 1453) außer Kraft.

Dresden, den 21. Mai 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

MUSTER-Meldung der Ist-Besetzung

| Kapitel: XXXX | | Kapitelbezeichnung: | | Musterkapitel | | | | | | | | | |
|---------------|-------------|---------------------|--|-----------------------------------|-------|------------------------|-----------------|--------------|------------------|---------------|---|--------------------------------------|--------------------------------|
| Titel | Bezeichnung | BesGr EG | Stellenplan | | | Ist zum 01.MM.JJJJ (*) | | | | | | | |
| | | | Soll 2021 bzw. 2022 lt. HHPI | Haushaltsvollzug (Umsetzungen) | | Istbesetzung | | | | freie Stellen | | Anzahl kw 2021 bzw. kw 2022 | Stellen- über- besetzung |
| | | | | plus | minus | gesamt | davon Beamte | Beschäftigte | unter- wertig | gesamt | darunter für kw 2021 bzw. kw 2022 | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 (8+9) | 8 | 9 | 10 | 11 (4+5-6-7) | 12 | 13 | 14 (4+5-6-7) |
| | | | | | | | | | | | | | |

Ausfüllhinweise für die vom SMF bereitgestellten oder im PVS abrufbaren Exceltabellen

(*) Es sind alle Stellen entsprechend ihrer tatsächlichen Besetzung zum jeweiligen Stichtag zu erfassen. Soweit Stellen nur anteilig besetzt sind, ist der jeweilige Stellenanteil zu erfassen.

- Die an das SMF übergebene Excelmappe kann mehrere Tabellenblätter nach dem hier vorgegebenen Muster enthalten. In jedes Tabellenblatt sind nur Daten jeweils eines Kapitels aufzunehmen.
- Die Kapitelnummer (XXXX), die Kapitelbezeichnung sowie der Stichtag der Ist-Besetzung (01.MM.JJJJ) sind im Tabellenkopf zu erfassen. Aus der im Stichtag enthaltenen Jahresangabe wird das aktuelle Haushaltsjahr abgeleitet.
- Es wird empfohlen, im Dateinamen der an das SMF übergebenen Excelmappe die Nummer des Einzelplanes und den Stichtag der Ist-Besetzung anzugeben, z. B. "StBes_EPI10_2017-01-01.xlsx".
- Die Angaben zu den Haushaltstellen sind ab Zeile 8 einzutragen; die obersten 7 Zeilen werden bei der Datenübernahme ignoriert.
- In Spalte 1 sind ausschließlich die Titelnummern einzutragen. Von Zeile zu Zeile gleichbleibende Titelnummern müssen nicht wiederholt werden.
- In Spalte 2 sind - soweit relevant - die Amtsbezeichnungen einzutragen.
- In Spalte 3 sind die Bezeichnungen der Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen einzutragen. Alle Zeilen ohne Eintrag in Spalte 3 werden ignoriert.
- Die Spalte 4 ist entsprechend dem beschlossenen Stellenplan auszufüllen.
- In den Spalten 5 und 6 sind die Veränderungen des Stellenplanes im Rahmen des Haushaltvollzuges (Stellenumsetzungen gemäß § 50 SÄHO, § 7d HG 2021/2022) auszuweisen.
- Spalte 7 ist gesperrt und nur informativ - sie wird als Summe der Spalten 8 und 9 berechnet.
- Die Spalte 10 ist eine Darunter-Position zu Spalte 7.
- Spalte 11 ist gesperrt und nur informativ - sie wird aus den Spalten 4, 5, 6 und 7 berechnet.
- In Spalte 13 sind die gemäß Stellenplan ausgewiesenen kw-Vermerke zum Jahr des Stichtages einzutragen - nur informativ.
- Spalte 14 ist gesperrt und nur informativ - sie wird aus den Spalten 4, 5, 6 und 7 berechnet.
- Für eigene Zwecke, etwa zur Überprüfung der Datenerfassung, können Summenzeilen eingerichtet werden. Summenzeilen werden anhand des Eintrages "Summe" oder "Zusammen" oder "Insgesamt" in Spalte 2 identifiziert und bei der Datenübernahme ignoriert.

Meldung der Leerstellen
(Muster)

Anlage 2a
(zu Nummer 3.1.1 b)

| Kapitel: XXXX | | | Kapitelbezeichnung: Musterkapitel | | | | | | | | | | | | Ist zum: 01.MM.JJJJ | | | | | | |
|---------------|--------------------|--|-----------------------------------|---------------|--|------------------------------|---------------|--|------------------------------|---------------|---|------------------------------|---------------|--|------------------------------|---------------|--|------------------------------|---------------|---|---|
| Titel | BesGr. EG | § 7d Abs. 1 Nr. 3 HG 2021/22 Abordnungsstellen | | | § 7d Abs. 2 HG 2021/22 Augeordnete | | | § 7d Abs. 3 HG 2021/22 Eilemzeit | | | § 7d Abs. 4 HG 2021/22 Rente auf Zeit | | | § 7d Abs. 6 HG 2021/22 reaktivierte Ruhestandsbeamte | | | § 7d Abs. 7 HG 2021/22 bzw. § 50 Abs. 4 und 6 SÄHO | | | § 7d Abs. 8 HG 2021/22 Verzicht auf Leerstelle | |
| | | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | IST | 6 |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | | 6 |
| Bsp.: | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 422 01 | A 10 A 9 A 8 | 1,0 | | 1,0 | | 1,0 | | | | | | | | | | | | | | | |
| 428 01 | E 11 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Ausfüllhinweise für die vom SMF bereitgestellten Exceltabellen

1. Die an das SMF übergebene Excelmappe muss je personalführendem Kapitel ein gesondertes Tabellenblatt enthalten. Jedes Tabellenblatt ist mit der Kapitelnummer im Format XXXX zu bezeichnen.
2. Die Kapitelnummer (XXXX), die Kapitelbezeichnung sowie der Stichtag der Ist-Besetzung (01.MM.JJJJ) sind im Tabellenkopf zu erfassen.
Aus der im Stichtag enthaltenen Jahresangabe wird das aktuelle Haushaltsjahr abgeleitet.
3. In Spalte 1 sind ausschließlich die Titelnummern einzutragen. Von Zeile zu Zeile gleichbleibende Titelnummern müssen nicht wiederholt werden.
4. In Spalte 2 sind die Bezeichnungen der Besodnungs- bzw. Engelgruppe einzutragen.
5. In den Spalten 3 sind die im Haushaltsplan 2021/2022 ausgebrachten Leerstellen stollenkonkret entsprechend der Rechtsgrundlage zu erfassen.
6. In den Spalten 4 sind die tatsächliche Besetzung der Leerstellen in Summe (im Haushaltsplan und im Haushaltsvollzug ausgebrachte Leerstellen) auszuweisen.
7. In den Spalten 5 ist die tatsächliche Besetzung der Leerstellen in Summe (im Haushaltsplan und im Haushaltsvollzug ausgebrachte Leerstellen) auszuweisen.
8. In Spalte 6 ist die Anzahl der Fälle zu erfassen, in denen auf die Ausbringung einer Leerstelle verzichtet wurde.

Meldung der Leerstellen im Hochschulbereich (§ 7f HG 2021/22)
(Muster)

Anlage 2b
(zu Nummer 3.1.1 b)

| Kapitel: XXXX | | Kapitelbezeichnung: Musterkapitel | | | | | | | | | | Ist zum: 01.MM.JJJJ | | | | |
|-------------------------------|--|-----------------------------------|------------------------------|--------------------------|---------------|------------------------------|---------------|--------------------------|------------------------------|--------------------------|---------------|------------------------------|---------------|---------------|------------------------------|---|
| Titel | BesGr: EG | § 7f Nr. 1 HG 2021/22 | | § 7f Nr. 2 HG 2021/22 | | § 7f Nr. 3 HG 2021/22 | | § 7f Nr. 4 HG 2021/22 | | § 7f Nr. 5 HG 2021/22 | | § 7f Nr. 6 HG 2021/22 | | | | |
| | | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | IST-Besetzung | Soll lt. HHPI | Im HH-Vollzug ausgebracht | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 |
| Bsp.: 685 02 | W 3 W 2 W 1 | 1,0 | | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 1,8 | | 2,0 | 2,0 | | | | | | |

Ausfüllhinweise für die vom SMF bereitgestellten Exceltabellen

1. Die an das SMF übergebene Excelmappe muss je personelfühndem Kapitel ein gesondertes Tabellenblatt enthalten. Jedes Tabellenblatt ist mit der Kapitelnummer im Format XXXX zu bezeichnen.
2. Die Kapitelnummer (XXXX), die Kapitelbezeichnung sowie der Stichtag der Ist-Besetzung (01.MM.JJJJ) sind im Tabellenkopf zu erfassen.
Aus der im Stichtag enthaltenen Jahresangabe wird das aktuelle Haushaltsjahr abgeleitet.
3. In Spalte 1 sind ausschließlich die Titelnummern einzutragen. Von Zeile zu Zeile gleichbleibende Titelnummern müssen nicht wiederholt werden.
4. In Spalte 2 sind die Bezeichnungen der Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe einzutragen.
5. In den Spalten 3 sind die im Haushaltsplan 2021/2022 ausgebrachten Leerstellen stellenkonkret entsprechend der Rechtsgrundlage zu erfassen.
6. In den Spalten 4 sind die im Haushaltsvollzug 2021 bzw. 2022 ausgebrachten Leerstellen in Summe (im Haushaltsplan und im Haushaltsvollzug ausgebrachte Leerstellen) auszuweisen.
7. In den Spalten 5 ist die tatsächliche Besetzung der Leerstellen in Summe (im Haushaltsplan und im Haushaltsvollzug ausgebrachte Leerstellen) auszuweisen.

Anlage 3
(zu Nummer 3.1.3)

MUSTER - Meldung der Inanspruchnahme haushaltsgesetzlicher Ermächtigungen

| Kapitel: XXXX | | Kapitelbezeichnung: Musterkapitel | | | | Ist zum: 01.MM.JJJJ | | | |
|-----------------|----------------------------|---|-------------------|---|-------------------|---|-------------------|---|-------------------|
| Titel | BesGr. EG | Inanspruchnahme der haushaltsgesetzlichen Ermächtigungen lt. § 7 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HG 2021/2022 - drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse - Angabe in VZÄ | | | | | | | |
| | | § 7 Abs. 2 Nr. 1a) HG 2021/22 Finanzierung aus Technischer Hilfe | | § 7 Abs. 2 Nr. 1b) HG 2021/22 Finanzierung aus anderen Förderprogrammen der EU zu mindestens 50 % | | § 7 Abs. 2 Nr. 2 HG 2021/22 sonstige Drittmittelfinanzierung von mindestens 75 % | | § 7 Abs. 2 Nr. 3 HG 2021/22 sonstige dauerhafter Finanzierung durch Dritte von 100 Prozent | |
| | | Beschäftigte gesamt | davon unbefristet | Beschäftigte gesamt | davon unbefristet | Beschäftigte gesamt | davon unbefristet | Beschäftigte gesamt | davon unbefristet |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 3 | 4 | 3 | 4 | 3 | 4 |
| Bsp.: 428 01 | E 11 E 10 E 8 E 5 | 3,0 | 1,0 | | | | | 2,0 | 2,0 |

Ausfüllhinweise für die vom Staatsministerium der Finanzen (SMF) bereitgestellten Exceltabellen

1. Die an das SMF übergebene Excelmappe muss je personalführendem Kapitel ein gesondertes Tabellenblatt enthalten. Jedes Tabellenblatt ist mit der Kapitelnummer im Format XXXX zu bezeichnen.
2. Die Kapitelnummer (XXXX), die Kapitelbezeichnung sowie der Stichtag der Ist-Besetzung (01.MM.JJJJ) sind im Tabellenkopf zu erfassen.
3. In Spalte 1 sind ausschließlich die Titelnummern einzutragen. Von Zeile zu Zeile gleichbleibende Titelnummern müssen nicht wiederholt werden.
4. In Spalte 2 sind die Bezeichnungen der Entgeltgruppe einzutragen.
5. In den Spalten 3 ist die Anzahl der Beschäftigten (in VZÄ) einzutragen, die aus Drittmitteln finanziert und außerhalb des Stellenplans geführt werden.
6. In den Spalten 4 ist der Anteil der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse (in VZÄ) an den Angaben aus Spalte 3 anzugeben.

Grundsätze für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz)

1. Allgemeines

Die nachfolgenden Regelungen gelten ausschließlich für Personenkraftwagen.

Für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen sind die vom SMF erlassene Verwaltungsvorschrift über die Benutzung von Dienstkraftfahrzeugen in der Sächsischen Landesverwaltung (VwV-DKfz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 2003 [SächsABl. S. 1199], die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 10. Januar 2019 [SächsABl. S. 228] geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 [SächsABl. Sdr. S. S 352], diese ergänzenden Beschaffungsgrundsätze sowie das Haushaltsrecht, insbesondere der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 SÄHO) sowie die Regelungen zum Erwerb und zur Veräußerung von Vermögensgegenständen (§ 63 SÄHO), zu beachten. Innerhalb dieses Rahmens ist die vorrangige Beschaffung von Elektrofahrzeugen anzustreben.

2. Beschaffungen

Im Einzelnen sind folgende Punkte zu beachten:

Die aufgeführten Regelungen gelten grundsätzlich nicht für Sonder-, Einsatz-, Elektro- und Hybridfahrzeuge.

2.1. Beschaffungsgrundsätze

Erst- und Ersatzbeschaffungen von Dienstkraftfahrzeugen sind auf das unabwiesbar Notwendige zu beschränken; dabei ist auf den Abbau des staatlichen Kraftfahrzeugbestandes hinzuwirken. Die mögliche Bildung und Nutzung eines Fahrzeugpools/zentraler Fahrbereitschaften hat deshalb oberste Priorität. Nr. 21 der VwV-DKfz ist dabei zu beachten.

Die Beschaffung und Haltung von Dienstkraftfahrzeugen ist nur dann haushaltsrechtlich vertretbar, wenn keine wirtschaftlichere Alternative zur Haltung behördeneigener Dienstkraftfahrzeuge besteht (z.B. Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Car-Sharing) oder wenn im Hinblick auf die zu erfüllenden Dienstaufgaben eine Haltung von Dienstkraftfahrzeugen nicht verzichtbar ist. Für die Fahrzeuggröße bzw. die Wahl des Fahrzeugtyps sowie für die Ausstattung ist der vorgesehene Verwendungszweck maßgeblich.

Die Landesverwaltung ist angehalten, die Nutzung von alternativen Antriebssystemen, welche nicht auf fossilen Energieträgern beruhen und eine umwelt- und klimaschonende Mobilität ermöglichen, zu prüfen. Eine Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen auf Basis fossiler Energieträger ist zu begründen (z.B. wegen Verwendungszweck).

Bei der Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor ist darauf zu achten, dass die Abgasnorm 6d-ISC-FCM erfüllt wird. Ebenso sollte beachtet werden, dass diese Fahrzeuge die aktuellsten Emissions-Grenzwerte nicht überschreiten.

Alle anzuschaffenden Dienstkraftfahrzeuge sollen möglichst mit Reifen mit geringer Geräuschemission und Kraftstoff sparenden Reifen (entsprechend den aktuellsten Normen) ausgestattet sein.

Ersatz- und Neubeschaffungen von Dienstkraftfahrzeugen (außer personengebundene und/oder geländegängige) sind erst ab einer jährlichen Kilometerleistung von mindestens 20 000 Kilometern zulässig.

Bei Ersatzbeschaffungen sowie Veräußerungen gebrachter Dienstkraftfahrzeuge ist § 63 SÄHO sowie die Verwaltungsvorschriften zu § 63 SÄHO zu beachten. Des Weiteren sind Ersatzbeschaffungen nur zulässig, wenn die anfallende Fahrleistung auch künftig die Haltung eines behördeneigenen Dienstkraftfahrzeuges erfordert.

Soweit die Möglichkeit besteht, die Fahrbereitschaften im Staatsministerium des Innern (SMI) zu nutzen, sind Ersatz- und Neubeschaffung von Kraftfahrzeugen nicht zulässig. Ausgenommen hiervon sind die nicht dem Fahrzeugpool angehörenden Dienststellen Landtag und Rechnungshof sowie Behörden, die nachweislich die Fahrbereitschaften nicht nutzen können.

Bei Einrichtungen mit mehr als 5 Fahrzeugen ist ein Bedarfskonzept durch die mittelbewirtschaftende Stelle zu erstellen.

Als Kriterien für das Bedarfskonzept kommen insbesondere je Dienstkraftfahrzeug die Notwendigkeit (ggf. Nutzung anderer Beförderungsmöglichkeiten wie ÖPNV, Kfz-Pools), der Zweck, der Bestand, das Baujahr, die durchschnittliche jährliche Laufleistung sowie die Auslastung nach Einsatztagen (oder in Prozent) in Betracht.

2.2. Beschaffungsvarianten

Die Beschaffung richtet sich nach Maßgabe des Haushaltsplans.

Jede Beschaffungsmaßnahme bedarf einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Einzelfall nach den Regelungen zu § 7 SÄHO und anhand der Arbeitsanleitung nach den Verwaltungsvorschriften zu § 7 SÄHO. Dabei hat die mittelbewirtschaftende Stelle vor der Einführung einer konkreten Beschaffungsmaßnahme zu prüfen und zu dokumentieren, welche Beschaffungsalternative für den Freistaat Sachsen die wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Eine generelle Aussage, welche Alternative (Kauf, Leasing oder Miete) die günstigste Beschaffungsvariante ist, kann nicht getroffen werden. Jede Alternative kann im Einzelfall die wirtschaftlichere Lösung sein. Die Entscheidung über Kauf, Leasing oder Miete ist auf der Grundlage des Ergebnisses o. g. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Einzelfall zu treffen.

Das herkömmliche Beschaffungsverfahren des Kaufs von Dienstkraftfahrzeugen hat weiterhin praktische Relevanz, da beim Kauf von Neufahrzeugen zum Teil erhebliche Preisnachlässe gewährt werden können. Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist jedoch zu beachten, dass insbesondere die Unterhaltungskosten der Dienstkraftfahrzeuge – bedingt durch eine höhere Laufleistung – mit zunehmendem Alter der Fahrzeuge ansteigen.

Für personengebundene Dienstkraftfahrzeuge gilt nachfolgende vereinfachte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

für Leasing bzw. Miete: der Nachweis der Vorteilhaftigkeit des Leasings gilt als erbracht, wenn der monatliche Leasingfaktor bzw. Mietfaktor den Wert von 1 Prozent des Behördenpreises nicht übersteigt.

3. Zulässiger Aufwand

Die aufgeführten Obergrenzen gelten nicht für Sonder-, Einsatz-, Elektro und Hybridfahrzeuge.

Für Personenkraftwagen gelten nachfolgende Obergrenzen für Modellsegment und Behördenpreise einschließlich Sonderausstattungen bei Kauf/Leasing/Miete:

| | Obergrenze Modellsegment ¹⁾ laut Kraftfahrt-Bundesamt | Obergrenze Behördenpreis ²⁾ in Euro (Brutto) |
|---|--|---|
| Nicht personengebundene Dienstkraftfahrzeuge | | |
| überwiegend im Nahverkehr ³⁾ | Kleinwagen | 13 000 |
| überwiegend im Regionalverkehr ⁴⁾ | Kompaktklasse | 18 000 |
| überwiegend im Fernverkehr oder mit Berufskraftfahrer eingesetzt | Mittelklasse | 21 000 |
| Fahrzeugpool SMI | | |
| Selbstfahrer: Nah- und Regionalverkehr | Kompaktklasse | 18 000 |
| Selbstfahrer: Fernverkehr | Mittelklasse | 21 000 |
| Dienstfahrzeug mit Berufskraftfahrer | Obere Mittelklasse | 25 000 |
| Dienstfahrzeug zur vorrangigen Benutzung zugewiesen (Nr. 6.2 VwV-DKfz) | Obere Mittelklasse | 25 000 |
| Personengebundene Dienstfahrzeuge (Nr. 6.1 VwV-DKfz) | | |
| Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Präsident des Rechnungshofes, Regierungssprecher, Staatssekretäre | Obere Mittelklasse | 27 000 |
| Mitglieder der Staatsregierung | Oberklasse | 35 000 |

Tabelle: Obergrenzen für Modellsegment und Behördenpreis bei Dienstfahrzeugen

¹⁾ Das Modellsegment dient der Einordnung der Angemessenheit von Fahrzeugtypen für Kauf, Leasing und Miete.

²⁾ Behördenpreis ist der Preis, zu dem ein Fahrzeug einer Behörde zum Kauf angeboten wird. Es können nur Fahrzeuge geleast bzw. gemietet werden, die auch im Rahmen der Behördenpreisgrenze gekauft werden könnten. Für personengebundene Fahrzeuge gilt dieser Behördenpreis nicht, sofern das Fahrzeug geleast wird und die Leasingrate 1 Prozent des ausgewiesenen Betrages von 27 000 Euro und 35 000 Euro nicht übersteigt.

³⁾ Nahverkehr sind Fahrten im Umkreis von circa 30 Kilometern.

⁴⁾ Regionalverkehr sind Fahrten im Umkreis von circa 100 Kilometern.

Es ist grundsätzlich das für den entsprechenden Verwendungszweck wirtschaftlichste Fahrzeug zu wählen.

In oben genannten Obergrenzen sind notwendige Zusatz- und Sonderausstattungen, soweit nicht bereits serienmäßig vorgesehen, berücksichtigt. Sonderausstattungen sind auf ein notwendiges Maß zu reduzieren, das heißt Einsparungen bei der Beschaffung dürfen nicht für weitere Sonderausstattungen, insbesondere nicht für den Einbau von Schiebedächern und für Sonderlackierungen oder ähnliches, verwendet werden.

4. Geltungsbereich

Die aufgeführten Regelungen gelten für alle Einrichtungen und Staatsbetriebe des Freistaates Sachsens. Sie sind – soweit möglich – auf institutionelle Zuwendungsempfänger und Anstalten des öffentlichen Rechts anzuwenden, wenn für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen auch nur teilweise Mittel des Freistaates eingesetzt werden. Das SMF kann zu den aufgeführten Regelungen Ausnahmen zulassen.

Anlage 5
(zu Nummer 3.2)

**Berechnung der Sperrstellen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022
gemäß § 8 Absatz 2 und 3 Haushaltsgesetz 2021/2022**

| Ressort | Beschäftigungsquote Schwerbehinderter Prozent | Erfüllung Beschäftigungspflicht von 5 Prozent | Sperrstellen nach § 8 Abs. 2 und 3 HG | Sperrstellen nach § 8 Abs. 2 und 3 HG |
|-------------------|--|--|--|--|
| | 2019 | 2019 | 2021 | 2022 |
| <i>1</i> | <i>2</i> | <i>3</i> | <i>4</i> | <i>5</i> |
| SK | 7,11 | ja | 0 | 0 |
| SMI | 4,69 | nein | 25 | 25 |
| SMF | 8,68 | ja | 0 | 0 |
| SMK | 6,48 | ja | 0 | 0 |
| SMJusDEG | 7,05 | ja | 0 | 0 |
| SMWA | 6,67 | ja | 0 | 0 |
| SMS | 6,86 | ja | 0 | 0 |
| SMEKUL | 6,57 | ja | 0 | 0 |
| SMWKT | 3,85 | nein | 25 | 25 |
| SMR ^{*)} | * | | | |
| Sachsen | 5,83 | ja | 50 | 50 |

^{*)} Das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) entstand am 19. Dezember 2019 aufgrund der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche. Zum 1. Februar 2020 ging erstmals Personal anderer Ressorts als Haushaltsvollzugsmaßnahme an das SMR über. Die Berechnung der Beschäftigungsquote 2019 als Maßgabe für die Berechnung der Sperrstellen 2021 sowie 2022 war somit noch nicht möglich.

Anordnungsstelle:

Bearbeiter:

Telefon:

Datum:

Anlage 6
(zu Nummer 5)**Meldung der Einnahmen und Ausgaben für den Meldezeitraum - Kalenderwoche**☐ Erstmeldung☐ Berichtigung einer Meldung

| Fällig- keitstag | Betrag Einnahmen | Betrag Ausgaben | Kurze Bezeichnung der Zahlung | Zahlungspflichtiger/ Zahlungsempfänger |
|---------------------|---------------------|--------------------|----------------------------------|---|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

Anlage 7a
(zu Nummer 6)

Prognose des Ist-Ergebnisses (in Mio. €) zum 31.12.2021 bzw. 31.12.2022
Einzelplan: xx

| HGr./OGr./Gr. | HH-Betrag * | Einnahmerest/ Ausgaberesst/ Vorgriff des Vorjahres | Gesamtsohl | HH-Vollzug +/- | Aufteilung der Sperr-/globalen Minderausgabe | verfügbare Betrag | V-Ist zum 31.12.2021 bzw. 31.12.2022 | Min.(-), Mehr(+) gegenüber HH- Betrag | Min.(-), Mehr(+) gegenüber Gesamtsohl | Höhe des vorauss. Ausgaberesstes/ Vorgriffes |
|------------------|-------------|---|------------|-------------------|--|----------------------|--|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3=1+2 | 4 | 5 | 6 = 3+4-5 | 7 | 8=7-1 | 9=7-3 | 10 |
| 0 | | | | | | | | | | |
| 1 | | | | | | | | | | |
| 2 | | | | | | | | | | |
| 3 | | | | | | | | | | |
| Einnahmen | | | | | | | | | | |
| 4 | | | | | | | | | | |
| dav. 422 | | | | | | | | | | |
| dav. 428 | | | | | | | | | | |
| 5 | | | | | | | | | | |
| 6 | | | | | | | | | | |
| 7 | | | | | | | | | | |
| 81-82 | | | | | | | | | | |
| 83-89 | | | | | | | | | | |
| 9 | | | | | | | | | | |
| Ausgaben | | | | | | | | | | |

* Der Haushaltsbetrag ist der Planansatz zuzüglich der Umsetzungen im Haushaltsvollzug. Das Staatsministerium der Finanzen wird nach § 50 Abs. 1, 2 und 6 SÄHO sowie nach [Ermächtigungen lt. Haushaltsgesetz]ermächtigt, Mittel umzusetzen.

Anlage 7b
 (zu Nummer 6)

Erläuterungen der Prognose des Jahresabschlusses 2021 bzw. 2022 (in Mio. €)
Epl. xx

| Kap./Titel der jeweiligen HGr. | Zweckbestimmung | HH-Betrag | Einnahmerest/ Ausgaberes/ Vorgriff des Vorjahres | Gesamtssoll | HH-Vollzug + / - | Aufteilung der Sperr-/globalen Minderausgabe | verfügbarer Betrag | V-ist zum 31.12.2021 bzw. 31.12.2022 | Min.(.) Mehr(+) gegenüber HH-Ansatz | Min.(.) Mehr(+) gegenüber Gesamtssoll | Höhe des vorauss. Ausgaberes/ Vorgriffes |
|--------------------------------------|-----------------|-----------|---|-------------|---------------------|--|-----------------------|---|---|---|--|
| | | 1 | 2 | 3=1+2 | 4 | 5 | 6=3+4-5 | 7 | 8=7-1 | 9=7-3 | 10 |
| HGr. 0 | | | | | | | | | | | |
| HGr. 1 | | | | | | | | | | | |
| HGr. 2 | | | | | | | | | | | |
| HGr. 3 | | | | | | | | | | | |
| Einnahmen | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| HGr. 5 | | | | | | | | | | | |
| HGr. 6 | | | | | | | | | | | |
| HGr. 7 | | | | | | | | | | | |
| HGr. 8 | | | | | | | | | | | |
| HGr. 9 | | | | | | | | | | | |
| Ausgaben | | | | | | | | | | | |

Fonds der Europäischen Union

Berichtsstelle
Sachsen

Meldung für das . Quartal 20__
Einnahmen

Anlage 8

[illegible]

**Sächsisches Staatsministerium
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
über die Zulassung privater Gegenprobensachverständiger
im Freistaat Sachsen nach der Gegenproben-Verordnung**

Vom 17. Mai 2021

Gemäß § 1 der Gegenproben-Verordnung vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2852), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. November 2019 (BGBl. I S. 1862) geändert worden ist, wurde der Fachtierarzt für Lebensmittelhygiene

Herr Prof. Dr. med. vet. Ahmad Hamedy

als privater Sachverständiger zur Untersuchung von amtlich zurückgelassen Proben im Sinne von § 43 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2013 (BGBl. I S. 1426), das zuletzt durch Artikel 97 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, mit Hauptsitz im Freistaat Sachsen zugelassen.

Die Zulassung gilt für die mikrobiologische und sensorische Untersuchung von Lebensmitteln sowie für mikrobiologische Untersuchung von Bedarfsgegenständen.

Herr Prof. Dr. med. vet. Hamedy führt die Untersuchungen an der

**Universität Leipzig
Veterinärmedizinische Fakultät
Institut für Lebensmittelhygiene
An den Tierkliniken 1
04301 Leipzig**

durch.

Dresden, den 17. Mai 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Rüdiger Helling
Referatsleiter Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der bestehenden Anlage zur zeitweiligen Lagerung von gefährlichen Abfällen der Firma ubatt GmbH am Standort Glauchau – Entfall des Erörterungstermins –

Gz.: 44-8431/2378

Vom 25. Mai 2021

Der für den 15. Juni 2021 in der Firma Triathlon Batterien GmbH, Siemensstraße 1, 08371 Glauchau, angesetzte Erörterungstermin zum oben genannten Vorhaben (Bekanntmachung der LDS über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für den Antrag auf wesentliche Änderung der bestehenden Anlage zur Lagerung von gefährlichen Abfällen der Firma ubatt GmbH am Standort Glauchau – Auslegung des Antrages und der Unterlagen – vom 19. März 2021 bis einschließlich 19. April 2021 [Sächs-ABl. S. 241] sowie auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung>

unter der Rubrik Umweltschutz) findet gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, nicht statt.

Diese Bekanntmachung ist auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Chemnitz, den 25. Mai 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Oberflächenbehandlung
unter Verwendung organischer Lösungsmittel (Lithografie)
der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG
am Standort Königsbrücker Straße 180 in 01099 Dresden**

Gz.: DD44-8431/2137/4

Vom 28. Mai 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG in 01099 Dresden, Königsbrücker Straße 180, mit Datum vom 30. April 2021 die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Oberflächenbehandlung unter Verwendung organischer Lösungsmittel (Lithografie) am Standort 01099 Dresden, Königsbrücker Straße 180, mit folgendem verfügenden Teil, erteilt:

„1. Entscheidung

1.1. Der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG, Königsbrücker Straße 180, 01099 Dresden, wird auf den Antrag gemäß § 16 BImSchG i. V. m. § 1 Absatz 1 und der Nr. 5.1.1.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV die **Immissionsschutzrechtliche Genehmigung** zur Änderung der Anlage Fotolithografie am Standort Königsbrücker Straße 180 (Flst.-Nrn. 641/20, 641/32 und 641/39) in 01099 Dresden durch Erhöhung des Lösungsmittelverbrauchs von 350 t/a auf 520 t/a erteilt.

1.2. Bestandteil dieser Entscheidung sind die in Abschnitt 2.1 aufgeführten und mit Genehmigungsvermerk versehenen Antragsunterlagen (Anlage) sowie die in Abschnitt 3. genannten Nebenbestimmungen und die weiteren Anlagen zu diesem Bescheid.

1.3. Die Kosten dieser Entscheidung trägt die Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG.

1.4. Für diese Entscheidung werden Verwaltungskosten in Höhe von [REDACTED] EUR festgesetzt.

1.5. Für die Entscheidung wurde die aktuelle Revision 2007 des Reference Document on Best Available Techniques on Surface Treatment using Organic Solvents (https://eippcb.jrc.ec.europa.eu/sites/default/files/2020-12/superseded_sts_bref_0807.pdf; BVT-Merkblatt „Beste verfügbare Techniken für die Oberflächenbehandlung unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln“ – teilweise in deutsche Sprache übersetzte Version unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/419/dokumente/bvt_oberflaechenbehandlung_organische_loesemittel_vv.pdf) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU (IED-Richtlinie) berücksichtigt.“

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion

Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung und zugehörigen Antragsunterlagen liegt

vom 11. Juni 2021 bis einschließlich 25. Juni 2021

bei der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Abteilung Umweltschutz, Zimmer 4079, zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

montags und mittwochs
von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr,

dienstags und donnerstags
von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr sowie

freitags
von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Wir weisen jedoch darauf hin, dass für die Räumlichkeiten am Standort Stauffenbergallee ein Hygienekonzept besteht und dem entsprechend erschwerte Bedingungen hinsichtlich des Zugangs bestehen. Siehe dazu https://www.lids.sachsen.de/?ID=16284&art_param=941

Der Genehmigungsbescheid kann gleichfalls unter der Adresse https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=14256&art_param=664&q=1 eingesehen werden.

Diese öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 des Ge-

setzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Diese Bekanntmachung wird ebenfalls auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=17733&art_param=634 veröffentlicht.

Dresden, den 28. Mai 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter Umweltschutz

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung CAMWEL

Gz.: 20-2245/626/1

Vom 25. Mai 2021

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 19. Mai 2021 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 17. Dezember 2020 errichtete „Stiftung CAMWEL“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Sohland a. d. Spree entstanden. Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung des Stifters, seiner Ehefrau und seiner Abkömmlinge,

zum Beispiel durch finanzielle Zuwendungen, Übernahme von Kosten, Gewährung von Unterkunft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 25. Mai 2021

Landesdirektion Sachsen
Koller
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Landesregulierungsbehörde Sachsen über die Festlegung von Vorgaben von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbständigen Netzbetreibern

Az.: LRB-4153/86/10

Vom 26. Mai 2021

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde trifft mit Bescheid vom 26. Mai 2021 (Az.: LRB-4153/86/10) auf der Grundlage des § 29 Absatz des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 298) geändert

worden ist, in Verbindung mit § 6b Absatz 6 Satz 1, Absatz 1 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes folgende Festlegung:

„Vorgabe von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbständigen Netzbetreibern“

Dresden, den 26. Mai 2021

Landesregulierungsbehörde
Kerstin Meißner
Leiterin

Festlegung

Auf der Grundlage des § 29 Absatz 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 7. Juli 2005 (Bundesgesetzblatt I, Seiten 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 298) geändert worden ist, in Verbindung mit § 6b Absatz 6 Satz 1, Absatz 1 Satz 1 EnWG erlässt die Landesregulierungsbehörde beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bezüglich

Vorgabe von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbständigen Netzbetreibern

folgende

Festlegung:

1. Adressaten

Die nachfolgenden Regelungen richten sich an die durch § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG verpflichteten Unternehmen, sofern diese Unternehmen die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung nach § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 EnWG ausüben. Unter-

nehmen, die nur deshalb als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne des § 3 Nummer 38 EnWG einzuordnen sind, weil sie ein geschlossenes Verteilernetz betreiben, werden von der Festlegung nicht erfasst.

Sofern ein verpflichtetes Unternehmen (mit Ausnahme von rechtlich selbst-ständigen Netzbetreibern) energiespezifische Dienstleistungen auch an einen mit diesem Unternehmen verbundenen, vertikal integrierten Netzbetreiber direkt oder indirekt erbringt, welcher nicht durch diese Festlegung verpflichtet ist, oder gegenüber diesem auch eine Verpachtungstätigkeit nach § 6b Absatz 3 Satz 2 EnWG ausübt, gilt die Prüfungspflicht nach Tenorziffer 2, die Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen nach Tenorziffer 3 sowie die Erweiterung des Prüfungsauftrages nach Tenorziffer 4 nur für energiespezifische Dienstleistungen bzw. Verpachtung gegenüber verbundenen, vertikal integrierten Netzbetreibern, welche durch diese Festlegung verpflichtet werden.

2. Prüfungspflicht

Die Adressaten haben unabhängig von größenabhängigen Erleichterungen den Jahresabschluss, gegebenenfalls den Lagebericht sowie die Tätigkeitsabschlüsse durch einen Abschlussprüfer prüfen zu lassen. Sofern die Ausnahme-

regelung nach Tenorziffer 1 Absatz 2 greift, kann sich die Prüfung auf den entsprechenden Tätigkeitsabschluss beschränken.

3. Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen

Sofern ein verpflichtetes Unternehmen energiespezifische Dienstleistungen gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung nach § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 EnWG eines verbundenen, vertikal integrierten Unternehmens erbringt, sind diese energiespezifischen Dienstleistungen auch beim Erbringer der energiespezifischen Dienstleistung dem jeweiligen Tätigkeitsbereich (Elektrizitätsverteilung) zuzuordnen.

Sofern zwischen dem eigentlichen Erbringer einer energiespezifischen Dienstleistung und dem Empfänger der energiespezifischen Dienstleistung im vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen weitere Unternehmen zwischengeschaltet sind, gelten die Zuordnung zum entsprechenden Tätigkeitsbereich und damit die Pflicht zur Aufstellung von Tätigkeitsabschlüssen für alle insoweit beteiligten Unternehmen innerhalb des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens.

4. Prüfungsauftrag

Die Verpflichteten haben im Prüfungsauftrag den Prüfer zu verpflichten, im Prüfungsbericht im Hauptabschnitt „Erweiterung des Prüfungsauftrags“, dort im Unterabschnitt „Prüfungsschwerpunkt ergänzende Angaben (Elektrizität) gemäß Festlegung der Regulierungsbehörde“ oder in einem Ergänzungsband des Prüfungsberichts, zu den in Tenorziffer 4.1 bis 4.4 genannten Punkten die entsprechenden Angaben und Erläuterungen des Verpflichteten bezüglich des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung aufzunehmen sowie zu testieren. Die Angaben und Erläuterungen des Verpflichteten können in einer Anlage zum Prüfungsbericht aufgenommen werden. Die Umsetzung dieser Vorgaben kann auch durch einen gesonderten, vom Jahresabschluss getrennten Prüfungsauftrag erfolgen, sofern der gesonderte Prüfungsbericht nach § 6b Absatz 7 EnWG analog bis zum Ablauf von acht Monaten nach dem Bilanzstichtag übermittelt wird.

Verpflichtete Unternehmen, die nur aufgrund der direkten oder indirekten Erbringung von energiespezifischen Dienstleistungen und/oder der Verpachtungstätigkeit gegenüber einem verbundenen vertikal integrierten Netzbetreiber der Festlegung unterfallen, sind von den Vorgaben nach Tenorziffer 4.2.1 bis 4.2.5. befreit. Verpflichtete Unternehmen, die nur aufgrund der direkten oder indirekten Erbringung von energiespezifischen Dienstleistungen gegenüber einem verbundenen, vertikal integrierten Netzbetreiber der Festlegung unterfallen und keine Verpachtungstätigkeit ausüben bzw. insoweit separate Tätigkeitsabschlüsse aufstellen, sind zudem von den Vorgaben nach Tenorziffer 4.4 bezüglich der Erbringung von energiespezifischen Dienstleistungen befreit.

4.1 Übersicht von verbundenen, vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen, die gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung Dienstleistungen erbringen und/oder Netzinfrastruktur(en) überlassen.

Unter der Überschrift „Übersicht von verbundenen, vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen, die gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung Dienstleistungen erbringen und/oder Netzinfrastruktur(en) überlassen“ sind mit dem Unternehmen verbundenen, ver-

tikal integrierten Energieversorgungsunternehmen mit Angabe einer ladungsfähigen Anschrift tabellarisch darzustellen, soweit diese im jeweiligen Geschäftsjahr gegenüber dem Unternehmen energiespezifische Dienstleistungen und/oder sonstige Dienstleistungen für den Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung erbringen und/oder Netzinfrastruktur(en) dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung überlassen.

Hierbei sind jeweils auch die Aufwendungen für die von verbundenen, vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung erbrachten energiespezifischen und/oder sonstigen Dienstleistungen und/oder überlassene(n) Netzinfrastruktur(en) betragsmäßig auszuweisen.

4.2 Ergänzende Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung

Unter der Überschrift „Ergänzende Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung“ sind ergänzend zur gesetzlich vorgesehenen, größenabhängigen Gliederungstiefe der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung die nachfolgenden Positionen auszuweisen. Sofern einzelne, geforderte Angaben ganz oder teilweise in anderen Positionen ausgewiesen werden, ist die Darstellung entsprechend anzupassen. Im Einzelnen:

4.2.1 Ausweis des Rohergebnisses

Sofern und soweit einzelne Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen des Jahresabschlusses zu einem Posten unter der Bezeichnung „Rohergebnis“ zusammengefasst werden dürfen, sind diese Positionen im Prüfungsbericht aufgeschlüsselt auszuweisen.

4.2.2 Davon-Vermerke zu den Umsatzerlösen aus Netzentgelten

Bezüglich der Umsatzerlöse sind die Umsatzerlöse aus Netzentgelten als Davon-Vermerk auszuweisen. Ergänzend sind die Umsatzerlöse aus Rückspeisung an den vorgelagerten Netzbetreiber als Davon-Vermerk zu den Umsatzerlösen aus Netzentgelten auszuweisen.

4.2.3 Umlagepositionen

Die im Folgenden näher definierten Umlagepositionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert als Davon-Vermerk auszuweisen. Nicht zwingend erforderlich ist eine gesonderte Ausweisung dieser Umlagepositionen in der Bilanz.

4.2.3.1 EEG-Ausgleichsmechanismus

Unter den entsprechenden Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Beträge aus dem EEG-Ausgleichsmechanismus auszuweisen.

4.2.3.2 KWKG-Belastungsausgleich

Unter den entsprechenden Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Beträge aus der KWKG-Belastungsausgleich auszuweisen.

4.2.3.3 Offshore-Belastungsausgleich

Unter den entsprechenden Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Beträge aus dem Belastungsausgleich nach § 17f EnWG auszuweisen.

4.2.3.4 Umlagemechanismus für individuelle Netzentgelte gemäß § 19 Absatz 2 StromNEV

Unter den entsprechenden Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Beträge aus dem Umlagemechanismus nach § 19 Absatz 2 StromNEV auszuweisen.

4.2.3.5 Belastungsausgleich für abschaltbare Lasten

Unter den entsprechenden Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Beträge aus dem Belastungsausgleich nach § 18 Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) auszuweisen.

4.2.4 Aufwendungen für vermiedene Netzentgelte

Unter den entsprechenden Positionen sind die Aufwendungen auszuweisen, die aus vermiedenen Netzentgelten für dezentrale Einspeisung nach § 18 StromNEV, § 57 Absatz 3 EEG und § 4 Absatz 3 KWKG resultieren.

4.2.5 Aufwendungen für vorgelagerte Netzkosten

Unter den entsprechenden Positionen sind die Aufwendungen auszuweisen, die aus der erforderlichen Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen resultieren.

4.2.6 Kapitalausgleichsposten

Bilanzielle Ausgleichsposten oder ähnliche Positionen, die dem Ausgleich der Tätigkeitsbilanz dienen, sind gesondert auszuweisen. Das Nichtvorhandensein eines bilanziellen Ausgleichspostens oder ähnlicher Positionen, die dem Ausgleich der Tätigkeitsbilanz dienen, ist ausdrücklich zu bestätigen.

Sofern bei der Aufstellung der Tätigkeitsbilanz kein separater Kapitalausgleichsposten ausgewiesen wird, sondern eine Verrechnung unmittelbar im Eigenkapital erfolgt, ist die Vorgehensweise unter Nennung der Verrechnungshöhe gesondert darzulegen. In diesem Fall ist das Eigenkapital ohne die erfolgte Verrechnung unter Nennung des Kapitalausgleichspostens auszuweisen.

4.3 Anlagengitter des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung

Unter der Überschrift „Anlagengitter des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung“ ist ein den Vorgaben des § 284 Absatz 3 HGB entsprechendes Anlagengitter bezüglich des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung auszuweisen.

Die vorgenannten Angaben können für Anlagegüter, die unter Berücksichtigung der oberen Nutzungsdauerspanne der Anlage 1 zur StromNEV bereits kalkulatorisch abgeschrieben sind, entfallen.

Diese Vorgaben gelten unabhängig von der Befreiung zur Aufstellung eines Anlagegitters nach § 288 Absatz 1 Nummer 1 HGB und dem Umstand, dass ein Anlagegitter nach § 284 Absatz 3 HGB nur im Anhang anzugeben ist.

4.4 Verbindlichkeiten aus Gewinnabführungsverträgen mit Bezug zum Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung

Unter der Überschrift „Verbindlichkeiten aus Gewinnabführungsverträgen mit Bezug zum Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung“ sind etwaige, sich zum Bilanzstichtag aus Gewinnabführungsverträgen ergebende Verpflichtungen zur Auskehrung des im Geschäftsjahr angefallenen Gewinns so-

wie der entsprechende, auf den Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung entfallende Anteil betragsmäßig auszuweisen.

5. Darlegung im Tätigkeitsabschluss

Abweichend können die Angaben zu Tenorziffer 4.2 direkt in die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsabschlusses Elektrizitätsverteilung und die Angaben zu Tenorziffer 4.3 direkt in das Anlagengitter des Tätigkeitsabschlusses Elektrizitätsverteilung aufgenommen werden.

6. Anwendungszeitraum

Diese Festlegung ist für die Jahres- und Tätigkeitsabschlüsse mit einem Bilanzstichtag ab dem 31.12.2021 anzuwenden.

7. Übermittlung des Prüfungsberichts

Die Adressaten haben den Prüfungsbericht nebst Ergänzungsbänden unverzüglich nach Feststellung des Jahresabschlusses bei der Landesregulierungsbehörde einzureichen, spätestens jedoch bis zum Ablauf von acht Monaten oder, wenn es sich um eine kleine Gesellschaft handelt (§ 267 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs), bis zum Ablauf der ersten elf Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres.

Gründe

I.

Die Netzbetreiberin betreibt ein Elektrizitätsverteilungsnetz auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. An dieses Netz der Netzbetreiberin sind weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen und das Elektrizitätsverteilernetz reicht nicht über das Gebiet des Freistaates Sachsen hinaus. Diese Tatsachen begründen die Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen nach § 54 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 EnWG. Die Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen ergibt sich aus § 54 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 EnWG.

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat von Amts wegen ein Verfahren zur Festlegung von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbstständigen Netzbetreibern innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs eingeleitet.

Den Betreibern der Elektrizitätsverteilernetze in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen wurde mit Schreiben vom 12. April 2021 gemäß § 67 Absatz 1 EnWG die Gelegenheit gegeben, sich bis zum 30. April 2021 zu der beabsichtigten Entscheidung zu äußern.

Von folgenden Unternehmen sind fristgemäß Stellungnahmen eingegangen:

- BDEW Landesgruppe Mittelsachsen
- Stadtwerke Elbtal GmbH
- Stadtwerke Olbernhau GmbH
- Stadtwerke Schneeberg GmbH
- Stadtwerke Pirna Energie GmbH
- Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH
- Stadtwerke Görlitz AG
- Stadtwerke Weißwasser GmbH

Im Wesentlichen wurden nahezu gleichlautende Stellungnahmen von den Unternehmen abgegeben. Diese werfen grundsätzlich ähnliche Aspekte auf und versuchen,

diese mit ähnlichen Argumenten zu stützen. Darüber hinaus wurden teilweise individuelle Aspekte vorgetragen. Die Vorträge wurden inhaltlich gewürdigt und im Rahmen der Festlegung berücksichtigt, soweit dies nach Überzeugung der Landesregulierungsbehörde angezeigt war.

Ermächtigungsgrundlage

Von der überwiegenden Mehrzahl der Netzbetreiber wurde vorgetragen, die Bestandteile der Festlegung, welche nicht die Prüfungsschwerpunkte betreffen (insbesondere die Zuordnung energiespezifischer Dienstleistungen), seien nicht von der Ermächtigungsgrundlage nach § 6b Absatz 6 EnWG gedeckt. Tatbestandsmerkmale des § 6b EnWG, die auch der Bestimmung des Adressatenkreises dienen, dürften nicht durch eine Festlegung konkretisiert oder erweitert werden. Auch zu einer Klarstellung zum Regelungsgehalt des § 6b EnWG fehle eine Ermächtigungsgrundlage.

Zuordnung und Definition energiespezifischer Dienstleistungen

Ein Großteil der Netzbetreiber konstatiert ferner, energiespezifische Dienstleistungen seien keine Tätigkeiten im Sinne von § 6b Absatz 3 Satz 1 EnWG, für die ein Tätigkeitsabschluss aufgestellt werden müsse. Während der Gesetzgeber eine entsprechende Klarstellung für die wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an u. a. Elektrizitäts- oder Gasversorgungsnetzen vorgesehen habe (§ 6b Absatz 3 Satz 2 EnWG), gebe es eine solche für energiespezifische Dienstleistungen nicht. Es handele sich vielmehr um sonstige Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors und nicht um Verteilung im Sinne einer nach § 4 EnWG genehmigungspflichtigen und regulatorischen Vorgaben unterliegenden Tätigkeit.

Rechtlich selbstständige Erbringer von energiespezifischen Dienstleistungen könnten nicht mit Netzbetreibern gleichgestellt werden. Die Landesregulierungsbehörde verhalte sich zudem widersprüchlich, wenn sie in anderen Verfahren, etwa zum Kapitalkostenaufschlag, eine solche Gleichbehandlung von Dienstleistungsunternehmen nicht vornehme.

Darüber hinaus sei die von der Landesregulierungsbehörde vertretene Definition der mittelbaren energiespezifischen Dienstleistungen nicht dazu geeignet, den Kreis der verpflichteten Unternehmen hinreichend präzise zu bestimmen. Insbesondere sei nicht klar, wann es sich um eine „Standardanwendung“ oder aber um eine speziell für die Energiewirtschaft angebotene Dienstleistung handele.

Wesentlichkeitsschwelle

Die Mehrheit der Netzbetreiber erachtet eine Wesentlichkeitsschwelle als zwingend notwendig, da nur so der Aufwand in einem angemessenen Rahmen zu halten sei.

Der Vorschlag der Netzbetreiber zielt darauf ab, dass Unternehmen, die für sogenannte De-minimis-Unternehmen mit weniger als 100.000 unmittelbar oder mittelbar angeschlossenen Kunden energiespezifische Dienstleistungen erbringen, von der Aufstellung eines Tätigkeitsabschlusses zu befreien seien.

Rohergebnis

Vereinzelte wurde zu Punkt 4.2.1 darauf hingewiesen, dass die Ausweisung des Rohergebnisses zu keiner relevanten Mehrinformation führe, die den damit verbundenen erhöhten Arbeitsaufwand rechtfertigen würde. Allerdings

lassen die Vorträge nicht erkennen, ob bei den Unternehmen überhaupt die Betroffenheit für die Erleichterungen gemäß § 276 HGB zutrifft. Überdies sind zur Ausweisung der Einzelwerte nur die Festlegungsadressaten verpflichtet, die von den Erleichterungen gemäß § 276 HGB Gebrauch machen und einzelne Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen des Jahresabschlusses bereits zu einem Posten unter der Bezeichnung „Rohergebnis“ zusammenfassen.

Umlagepositionen

Die Mehrheit der Netzbetreiber führt an, dass ein Ausweis von Umlagepositionen in der geforderten Detailtiefe weder technisch noch personell umsetzbar sei. Teilweise wird diese Kritik auf die Angaben zur Bilanz beschränkt. Auch der Zeitpunkt der Festlegung (Mitte des Geschäftsjahres) mache eine aufwändige, händische Nachbearbeitung nötig.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verwaltungsakte Bezug genommen.

II.

1. Zuständigkeit

Die Festlegung im Rahmen der Überwachung der Vorschriften zur Entflechtung fällt gemäß § 54 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 4 EnWG in die Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde, soweit Energieversorgungsunternehmen betroffen sind, an deren Elektrizitätsverteilernetze weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und das Elektrizitätsverteilernetz nicht über das Gebiet eines Landes hinausreicht.

2. Rechtsgrundlage

Nach § 29 Absatz 1 EnWG in Verbindung mit § 6b Absatz 6 Satz 1 EnWG kann die Regulierungsbehörde zusätzliche Bestimmungen gegenüber Unternehmen nach § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG treffen, die vom Prüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung über die nach § 6b Absatz 1 EnWG anwendbaren Prüfungsvoraussetzungen hinaus zu berücksichtigen sind. Gemäß § 6b Absatz 2 Satz 2 EnWG kann die Regulierungsbehörde insbesondere zusätzliche Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen. Eine solche Festlegung muss gemäß § 6b Absatz 6 Satz 3 EnWG spätestens sechs Monate vor dem Bilanzstichtag des jeweiligen Kalenderjahres ergehen.

§ 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG verpflichtet u. a. vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbstständige Netzbetreiber, einen Jahresabschluss und Lagebericht nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Ersten, Dritten und Vierten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen. Nach § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 EnWG haben derartige Unternehmen zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer internen Rechnungslegung getrennte Konten für die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung so zu führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeit von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist gemäß § 6b Absatz 3 Satz 6 EnWG für jeden der genannten Tätigkeitsbereiche jeweils eine den in § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG genannten Vorschriften entsprechende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss) aufzustellen und dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Diese Festlegung trifft zusätzliche Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen.

§ 6b Absatz 6 Satz 1 EnWG ermächtigt die Regulierungsbehörde nicht nur dazu, Regelungen über die Prüfung des Jahresabschlusses zu treffen. Nach dem Wortlaut der Norm kann die Regulierungsbehörde „zusätzliche Bestimmungen“ treffen. Eine Eingrenzung des Bezugspunkts der zusätzlichen Bestimmungen enthält der Satz nicht. Nach dem systematischen Zusammenhang der Regelung können sich die zusätzlichen Bestimmungen auf alle Regelungsgebiete des § 6b EnWG, zumindest aber auf die dem § 6b Absatz 6 EnWG vorangestellten Absätze 1 bis 5 beziehen. Demnach ist die Landesregulierungsbehörde befugt, nähere Bestimmungen zur Ausgestaltung des Jahresabschlusses und der Tätigkeitsabschlüsse zu treffen, solange diese Bestimmungen sich im Rahmen der durch § 6b EnWG definierten Vorgaben halten.

Die Vorschrift richtet sich nicht an die Prüfer, sondern – wie durch die Gesetzesänderung mit Wirkung zum 28.12.2012 ausdrücklich klargestellt – an die Unternehmen. Sie ist somit nicht auf Vorgaben begrenzt, die erst im Rahmen der abschließenden Prüfung zu beachten sind. Dies stellt keinen Widerspruch dazu dar, dass die Prüfer diese Vorgaben nach dem letzten Satzteil des § 6b Absatz 6 Satz 1 EnWG zu berücksichtigen haben. Da der Jahresabschluss gemäß § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG zu prüfen ist und hiervon nach § 6b Absatz 5 EnWG auch die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Absatz 3 EnWG umfasst sind, liegt es in der Natur der Sache, dass jede nähere Ausgestaltung der Jahresabschlüsse oder der Tätigkeitsabschlüsse Auswirkungen auf die Tätigkeit der Prüfer hat.

Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um methodische Vorgaben für die Durchführung der Prüfung oder um inhaltliche Vorgaben für die zu prüfenden Abschlüsse handelt. Wie der Berufsstand der Wirtschaftsprüfer in seiner Stellungnahme im Rahmen des Konsultationsverfahrens bei der Bundesnetzagentur zu Recht ausgeführt hat, braucht die Prüfung des Abschlussprüfers stets ein Soll-Objekt, mithin einen entsprechend aufgestellten und aufbereiteten Abschluss. Die Vorgabe weitergehender Prüfungsschwerpunkte setzt denkbare Möglichkeit der Vorgabe der zu prüfenden Informationen voraus.

Auch die Bezugnahme auf Absatz 5 im ersten Satzteil des § 6b Absatz 6 Satz 1 EnWG grenzt den Regelungsbereich der Norm nicht ein, sondern stellt lediglich klar, dass die dort geregelten besonderen Pflichten des Prüfers durch eine Festlegung mit wie auch immer gearteten Bestimmungen nicht relativiert werden. Deutlich wird dies auch durch die Formulierung des § 6b Absatz 6 Satz 2 EnWG, wonach die Regulierungsbehörde „insbesondere“ zusätzliche Schwerpunkte für die Prüfung festlegen kann. Das Wort „insbesondere“ impliziert, dass die Festlegungskompetenz mehr als nur Prüfungsschwerpunkte umfasst. Eine Lesart der Norm, wonach ausschließlich Prüfungsschwerpunkte festgelegt werden dürften, widerspräche diesem Wortlaut.

Aus dem Umstand, dass es auch nicht prüfpflichtige Unternehmen gibt (vgl. hierzu Ziffer 4 zur Anordnung der Prüfungspflicht), können keine Rückschlüsse für den Umfang der Ermächtigungsgrundlage gezogen werden. Zum einen lag dieser Ausnahmefall bei der Fassung des Wortlauts des § 6b EnWG offensichtlich nicht im Fokus, wie etwa die Formulierung in § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG zeigt, wonach die Unternehmen die Abschlüsse „prüfen zu lassen“ haben. Auch nach § 6b Absatz 3 Satz 6 EnWG sind die aufgestellten Tätigkeitsabschlüsse „dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen.“ Eine Befreiung von der Prüfungspflicht ist demnach in der gesamten Systematik von § 6b EnWG nicht berücksichtigt. Zudem wurde diese Randproblematik mit der

Anordnung der Prüfungspflicht nach Tenorziffer 2 ohnehin berücksichtigt.

Eine Einschränkung der Ermächtigungsgrundlage kann auch nicht daraus abgeleitet werden, dass auf dem Gebiet der buchhalterischen Entflechtung in jeder Hinsicht bundeseinheitliche Vorgaben gelten müssten, andernfalls die Tätigkeitsabschlüsse nicht vergleichbar wären. Allein aus dem Umstand der zulässigen Ausübung von bilanziellen Wahlrechten ergeben sich Unterschiede zwischen Tätigkeitsabschlüssen. Auch nach Auffassung des IDW gemäß IDW RS ÖFA 2 vom 03.09.2013, Rn. 28, ist die Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen zu den Tätigkeiten nach § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummern 1 bis 6 EnWG zumindest möglich. Auch aus dieser Option ergibt sich eine fehlende Vergleichbarkeit derartiger Sachverhalte. Jedenfalls spricht dies nicht für eine Einschränkung der Ermächtigungsgrundlage. Zudem handelt es sich bei den hier festgelegten Grundsätzen, insbesondere der Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen, um Aspekte, die seit Jahren zwischen den Regulierungsbehörden einheitlich abgestimmt sind (siehe hierzu Leitfaden der Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder zur Auslegung der buchhalterischen Entflechtungsbestimmungen nach § 6b EnWG vom 21.11.2013, Seite 4).

Schließlich spricht auch die Frist zum Erlass der Festlegung von sechs Monaten vor dem Bilanzstichtag des jeweiligen Kalenderjahres nach § 6b Absatz 6 Satz 3 EnWG nicht für eine Einschränkung der Ermächtigungsgrundlage. Mit der Frist wird zwar faktisch sichergestellt, dass sich die Prüfer rechtzeitig auf die zusätzlichen Anforderungen an die Prüfung einstellen können. Die Prüfer sind aber auch nicht die unmittelbaren Adressaten von Festlegungsverfahren nach § 6b Absatz 6 EnWG, weshalb eine solche Vorlaufzeit angesichts dieser Drittbetroffenheit auch angemessen ist. Die adressierten Unternehmen hingegen können gemäß dem Wortlaut auch im laufenden Geschäftsjahr entsprechend verpflichtet werden.

3. Formelle Anforderungen

Die formellen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der Festlegung sind erfüllt. Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat den betroffenen Netzbetreibern und den Verbänden gemäß § 67 Absatz 1, 2 EnWG, § 28 Absatz 1 VwVfG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

4. Materielle Anforderungen und Erläuterungen

Hintergrund des Verfahrens sind die Erfahrungen der Regulierungsbehörden aus den bisherigen regulatorischen Verwaltungsverfahren. Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat im Verlauf bzw. in Vorbereitung der dritten Regulierungsperiode zahlreiche entsprechende Verwaltungsverfahren durchgeführt. Diese betreffen unter anderem die Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 ARegV, die Bestimmung des Regulierungskontosaldos nach § 5 ARegV und die Bestimmung des Kapitalkostenaufschlags nach § 10a ARegV. Diese Verfahren basieren im Wesentlichen auf Angaben aus den Tätigkeitsabschlüssen gemäß § 6b EnWG (bzw. auf aus diesen Angaben abgeleiteten Erhebungsbögen mit einem weitergehenden Detaillierungsgrad).

In Vorbereitung für die kommenden Verfahren insbesondere zur vierten Regulierungsperiode, aber auch der bis dahin anstehenden, jährlich durchzuführenden Verfahren, hat die Landesregulierungsbehörde Sachsen analysiert, welche Optimierungen sich aus einer punktuellen Erweiterung der im Rahmen eines Tätigkeitsabschlusses zu tätigen Angaben ergeben könnten. Gleichzeitig wurde

eruiert, inwiefern eine erhöhte Datenqualität durch Setzung von Prüfungsschwerpunkten nach § 6b Absatz 6 Satz 2 EnWG erreicht werden könnte. In der Vergangenheit ist es zu häufigen und für die Landesregulierungsbehörde und die betroffenen Unternehmen langwierigen Nachfrage- und Abstimmungsprozessen gekommen. Das lag häufig daran, dass die Jahresabschlüsse nebst Tätigkeitsabschlüsse keinen hinreichenden Detaillierungsgrad aufwiesen und Abgrenzungen nicht jährlich, sondern nur bezogen auf die jeweiligen Basisjahre vorgenommen wurden. Aufgrund der Jährlichkeit einiger Verwaltungsverfahren kann so in einfacher Weise Abhilfe geschaffen werden.

Gerade die Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus für die dritte Regulierungsperiode hat gezeigt, dass die Abgrenzung der Dienstleistungsbeziehungen innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens besondere Schwierigkeiten aufweist. Gesetz und Verordnung schaffen hier zwar in § 6b Absatz 1 EnWG selbst und in § 4 Absatz 5a StromNEV entsprechende abstrakte Regelungen. Im Zuge der Nachweispflicht des Netzbetreibers zur Angemessenheit der Dienstleistungsentgelte nach § 4 Absatz 5a Satz 5 StromNEV musste jedoch überwiegend festgestellt werden, dass die Nachweispflicht jedenfalls nicht ausgehend von einem entsprechenden Tätigkeitsabschluss geführt werden kann, da die betroffenen Unternehmen entgegen der gesetzgeberischen Klarstellung in § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG solche Tätigkeitsabschlüsse vielfach nicht aufstellen. Mittels der erlassenen Festlegung erfolgt hier nochmals eine diesbezügliche Klarstellung.

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen nutzt die Festlegung für weitere ergänzende Angaben. Sie hat dabei berücksichtigt, dass die in unserer Zuständigkeit befindlichen Netzbetreiber und vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen eher kleinere Unternehmen sind, und hat deshalb die Angaben auf das notwendige Maß begrenzt, um die Unternehmen hier nicht zu überfordern. Die Kostennote „Jahresabschluss und Prüfung“ nimmt dabei zumeist einen nicht unerheblichen Anteil der sonstigen betrieblichen Kosten ein. Daher ist es aus Sicht der Landesregulierungsbehörde Sachsen wichtig, die hier zusätzlich angeforderten Angaben auf die wesentlichen Fakten zu beschränken, die auch im Prüfungsablauf für beide Seiten eine tatsächliche Erleichterung darstellen. Aus Sicht der Landesregulierungsbehörde Sachsen ist es gerade nicht sinnvoll, hier Daten anzufordern, die sodann im Verwaltungsverfahren nochmals eruiert und ggf. sogar seitens der Netzbetreiberin nachgewiesen werden müssen.

Aus diesem Grund ist die Anzahl der Zusatzinformationen hier auf ein Minimum beschränkt und weicht teilweise von Festlegungen anderer Regulierungsbehörden (zugunsten der Netzbetreiber) ab.

Um den Zielen des § 1 EnWG hinsichtlich einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität gerecht zu werden, wendet die Landesregulierungsbehörde Sachsen die nach § 6b Absatz 6 Satz 1 EnWG bestehende Möglichkeit der Festlegung von zusätzlichen Bestimmungen zur Rechnungslegung und Buchführung gegenüber den adressierten Unternehmen an.

Die Festlegung ist im Hinblick auf ein paralleles Vorgehen bei den regulierten Gasverteilernetzen geboten. Diese Festlegung wurde am 10. Juni 2020 erlassen und war erstmals für das Jahr 2020 anzuwenden, weil es das maßgebliche Basisjahr für die vierte Regulierungsperiode ist.

In materiell-inhaltlicher Hinsicht ist zu den Regelungen im Tenor folgendes zu erläutern:

4.1 Adressaten (zu Tenorziffer 1)

Der Adressatenkreis der Festlegung ergibt sich aus Tenorziffer 1 in Verbindung mit der unter Ziffer II.1 dargelegten Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen.

Der Adressatenkreis wird hierbei nicht ausgeweitet, sondern bezieht sich auf das, was sich nicht sowieso aus § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG als Adressatenkreis von Unternehmen ergibt, die von den Vorgaben zur buchhalterischen Entflechtung grundsätzlich betroffen sind.

Wie § 6b EnWG selbst richtet sich die Festlegung an vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen im Sinne des § 3 Nummer 38 EnWG, wobei diese lediglich erfasst werden sofern das jeweilige vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung nach § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 EnWG ausübt. Gleiches gilt für rechtlich selbstständige Netzbetreiber.

Aus § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG ergibt sich zudem, dass sämtliche verbundenen Unternehmen einer Gruppe von vertikal integrierten Elektrizitäts- oder Gasunternehmen erfasst werden, soweit diese die Tätigkeit der Elektrizitätsverteilung ausüben. Als Beispiele können hierzu Tochterunternehmen und Mutterunternehmen innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens genannt werden. Damit ergibt sich insbesondere für die Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen nach Tenorziffer 3 ein weiterer Adressatenkreis.

In Tenorziffer 1 wird zudem auf die Regelung des § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG im Hinblick auf rechtlich selbstständige Unternehmen, die zu einer Gruppe verbundener, vertikal integrierter Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehören und mittelbar oder unmittelbar energiespezifische Dienstleistungen erbringen, verwiesen. Trotz der missverständlichen Formulierung in § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG sind hiermit nur vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen gemeint, also keinesfalls Unternehmen, die nicht die in § 3 Nummer 38 EnWG genannten erforderlichen Kombinationen von Tätigkeiten aufweisen. Danach sind energiespezifische Dienstleistungen nach § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG für die sich aus der Vorschrift ergebenden Pflichten nur dann von Bedeutung, wenn die jeweiligen Dienstleistungsunternehmen mit dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind. Verbundenheit bedeutet in diesem Sinne, dass das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen die Möglichkeit haben muss, einen bestimmenden Einfluss auf die Tätigkeit des Dienstleistungsunternehmens auszuüben. Unter welchen Umständen ein solcher bestimmender Einfluss vorliegt, ist anhand des Fusionskontrollrechts zu bestimmen.

4.1.1 Einschränkungen des Adressatenkreises für den Fall unterschiedlicher Zuständigkeiten im vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen

Hierbei ist zu beachten, dass es Konstellationen gibt, in denen Unternehmen, die innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens energiespezifische Dienstleistungen erbringen, nicht als solche reguliert sind. Dies kann eine Dienstleistungsgesellschaft innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens oder die Muttergesellschaft sein, die den Netzbetrieb an eine rechtlich selbstständige Tochtergesellschaft ausgegliedert hat. Diese Unternehmen sind dennoch von § 6b EnWG erfasst. Bei Verfahren nach § 6b Absatz 6 Satz 1

EnWG gegenüber diesen Unternehmen ist entsprechend dem Rechtsgedanken aus § 6b Absatz 7 Satz 7 EnWG die Regulierungsbehörde zuständig, die für das regulierte Unternehmen (also den Netzbetreiber im vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen) zuständig ist. Jedenfalls führt die Ausgliederung von energiespezifischen Dienstleistungen bei einem vertikal integrierten Netzbetreiber nicht dazu, dass die für den Netzbetreiber zuständige Regulierungsbehörde insoweit keine Regelungen mehr nach § 6b Absatz 6 Satz 1 EnWG erlassen könnte. Dies gilt auch dann, wenn das adressierte Unternehmen entsprechende Dienstleistungen zusätzlich an verbundene, vertikal integrierte Verteilernetzbetreiber erbringen sollte, für die die Landesregulierungsbehörde nicht zuständig ist. Hierbei besteht zumindest eine mittelbare Zuständigkeit der entsprechenden Regulierungsbehörden (vgl. BT-Drs. 17/10754, S. 22 zu § 6b Absatz 7 Satz 7 EnWG).

In einigen Konstellationen kann die Zuständigkeit zweifelhaft sein, beispielsweise wenn innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens der Elektrizitätsnetzbetreiber durch diese Festlegung erfasst wird und der Gasnetzbetreiber sich in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur befindet und diese Netzbetreiber beide von einer Muttergesellschaft energiespezifische Dienstleistungen beziehen. Eine weitere problematische Konstellation liegt vor, wenn sich in einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verschiedene Elektrizitätsnetzbetreiber befinden, für die nach § 54 EnWG abweichende Zuständigkeiten bestehen (und diese beispielsweise von der Muttergesellschaft energiespezifische Dienstleistungen beziehen).

Daher wurde in Tenorziffer 1 Absatz 2 der Anwendungsbereich der Regelungen in den Tenorziffern 2, 3 und 4 entsprechend eingeschränkt.

Hierbei werden die aufgezeigten, problematischen Konstellationen abgedeckt und widersprüchliche Zuständigkeiten vermieden. Um das gesamte Spektrum der möglichen Problemfälle abzubilden, wurden die Ausnahmen nicht nur auf energiespezifische Dienstleistungen, sondern auch auf die Verpachtungstätigkeit nach § 6b Absatz 3 Satz 2 EnWG erweitert.

Damit wird sichergestellt, dass die Regulierungsbehörden für die jeweils relevanten Bereiche im vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen (also insbesondere die Erbringung von energiespezifischen Dienstleistungen und die Verpachtungstätigkeit an die durch diese Regulierungsbehörde regulierten Netzbetreiber) entsprechende Regelungen aufstellen können.

Die Ausnahme nach Tenorziffer 1 Absatz 2 gilt jedoch nicht für die Adressaten, die rechtlich selbstständige Netzbetreiber sind. Denn für diese Unternehmen ist eine Regulierungsbehörde nach § 54 EnWG ausschließlich zuständig, jedenfalls was den jeweiligen Sektor (Strom bzw. Gas) betrifft. Unternehmen steht es aber dennoch frei, auch bezüglich der nach Tenorziffer 1 ausgenommenen Bereiche den Anforderungen dieser Festlegung nachzukommen.

4.1.2 Keine Einschränkung der Festlegung auf vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen

Eine Anwendung der Festlegung nur auf vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen kommt nicht in Betracht. Eine Vielzahl der Vorgaben (insbesondere Tenorziffer 4 zur Erweiterung des Prüfungsauftrags) ist darauf ausgelegt, auch rechtlich selbstständige Netzbetreiber zu erfassen.

4.1.3 Anwendung der Festlegung auf Unternehmen, die nur in einem Tätigkeitsbereich zuständig sind

Eine Regelung dahingehend, dass die Festlegung nicht auf Unternehmen anzuwenden ist, die bisher nur in einem Tätigkeitsbereich tätig sind, kommt ebenfalls nicht in Betracht. Auch in diesen Konstellationen ergeben sich entsprechende Verpflichtungen insbesondere aus Tenorziffer 4 zur Erweiterung des Prüfungsauftrags.

4.1.4 Keine Anwendung der Festlegung auf alle Unternehmen innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens

Die Festlegung findet keine Anwendung auf Unternehmen innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens, die keine Netzbetreiber sind und keine energiespezifischen Dienstleistungen gegenüber einem verbundenen Netzbetreiber erbringen bzw. Netzanlagen verpachten. Diese Unternehmen sind von der Festlegung nicht betroffen, da sie nicht, wie Tenorziffer 1 erforderlich macht, die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung ausüben.

Ebenso wenig findet die Festlegung Anwendung auf Unternehmen innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens, die zwar energiespezifische Dienstleistungen erbringen, dies jedoch nicht gegenüber einem Netzbetreiber tun, also beispielsweise energiespezifische Dienstleistungen gegenüber einer verbundenen Vertriebsgesellschaft erbringen. Denn diese Unternehmen üben nicht die Tätigkeit der Elektrizitätsverteilung aus, wie es von Tenorziffer 1 gefordert wird. Wenn solche Unternehmen jedoch zumindest auch an einen verbundenen, vertikal integrierten Netzbetreiber solche Dienstleistungen erbringen, werden sie von der Festlegung durchaus erfasst.

Selbstverständlich gilt die Festlegung nicht für reine Dienstleistungsunternehmen außerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens, die beispielsweise für einen Netzbetreiber energiespezifische Dienstleistungen erbringen.

4.1.5 Einschränkungen für Betreiber geschlossener Verteilernetze

Schließlich wird in Tenorziffer 1 die Regelung in § 6b Absatz 8 Satz 1 EnWG auch für diese Festlegung übernommen, so dass Unternehmen, die nur deshalb als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen einzuordnen sind, weil sie auch Betreiber eines geschlossenen Verteilernetzes sind, von der Festlegung nicht erfasst werden. Während § 6b Absatz 8 Satz 1 EnWG lediglich die Verpflichtungen nach § 6b Absatz 4 bis 7 EnWG für unanwendbar erklärt, verzichtet die Landesregulierungsbehörde Sachsen bezüglich dieser Unternehmen insgesamt auf eine Einbeziehung in den Adressatenkreis der Festlegung.

4.2 Prüfungspflicht (zu Tenorziffer 2)

Gemäß Tenorziffer 2 haben die Adressaten ungeachtet von größenabhängigen Erleichterungen den Jahresabschluss und gegebenenfalls den Lagebericht durch einen Abschlussprüfer prüfen zu lassen. Die Regelung hebt somit die Erleichterung nach § 316 Absatz 1 Satz 1 HGB auf. Soweit die Unternehmen einen Lagebericht aufstellen, ist auch dieser prüfen zu lassen.

Während § 6b Absatz 6 Satz 2 EnWG explizit die Festlegung von zusätzlichen Schwerpunkten für die Prüfungen ermöglicht, kommt eine solche Festlegung denkbare Weise nur dann zum Tragen, sofern eine Prüfung auch stattfindet bzw.

stattfinden muss. Tenorziffer 2 hat zur Folge, dass unabhängig von der Frage, ob es sich bei der in § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG niedergelegten Regelung um einen Rechtsgrund- oder Rechtsfolgenverweis handelt, die adressierten Unternehmen von größenabhängigen Erleichterungen zur Prüfung des Jahresabschlusses keinen Gebrauch machen können.

Da die Ausnahmeregelung nach Tenorziffer 1 Absatz 2 im Zusammenhang mit der Prüfungspflicht nach Tenorziffer 2 klarstellungsbedürftig ist, wird diesbezüglich in Tenorziffer 2 ausgeführt, dass sich in solchen Konstellationen die Prüfung auf den entsprechenden Tätigkeitsabschluss beschränken kann. Stets handelt es sich hierbei um eine über die Prüfungspflichten nach dem HGB hinausgehende Prüfung, zu der das jeweilige Unternehmen durch die Festlegung verpflichtet wird (während vergleichbare freiwillige Prüfungen in anderen Konstellationen etwa aufgrund eines Gesellschaftsvertrages stattfinden).

Die Regelung stellt sicher, dass die in dieser Festlegung geregelten Grundsätze flächendeckend auf alle adressierten Unternehmen im Zuständigkeitsbereich der Landesregulierungsbehörde Sachsen Anwendung finden können.

Die Regelung ist geeignet und erforderlich, diesen Zweck zu erreichen. Sie ist auch verhältnismäßig, da eine Prüfpflicht einen nur geringen Eingriff in die unternehmerischen Freiheiten darstellt. Bereits nach den Regelungen des HGB besteht bei Kapitalgesellschaften (und dies ist nach § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG, unabhängig von der tatsächlichen Rechtsform, der richtige Maßstab) nur in Fällen von kleinen Kapitalgesellschaften eine Befreiung von der Prüfpflicht, § 316 Absatz 1 Satz 1 HGB. Durch die Regelungen zur Prüfpflicht nach Landesrecht bei kommunalen Unternehmen erfährt die Ausnahme von der Prüfpflicht ohnehin Rückausnahmen. Die Regelung in Tenorziffer 2 stellt somit im Ergebnis eine verhältnismäßige Gleichbehandlung bezüglich dieser Fragestellung sicher.

4.3 Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen (zu Tenorziffer 3)

4.3.1 Verzicht auf die Festlegung einer Definition von energiespezifischen Dienstleistungen

Die unmittelbaren und mittelbaren energiespezifischen Dienstleistungen werden nicht förmlich im Tenor definiert. Unzweifelhaft ergibt sich jedoch für den Begriff der unmittelbaren energiespezifischen Dienstleistungen entsprechend der Gesetzesbegründung zu § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG, dass hierunter die Erfüllung kommerzieller, technischer und/oder wartungsbezogener Aufgaben im Sinne der Artikel 2 Nummer 35 der Richtlinie 2009/72/EG und Artikel 2 Nummer 1 der Richtlinie 2009/73/EG zu verstehen ist (BT-Drs. 17/10754, Seite 21). Bezüglich des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung fallen hierunter etwa Dienstleistungen wie Netzwartung, Netzinstandsetzung, Netzerneuerung, Netzführung oder Zählerauswertung (nicht abschließend).

Bei dem Begriff der mittelbaren energiespezifischen Dienstleistungen handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der gemäß der Gesetzesbegründung weit auszulegen ist. Dieser umfasst beispielsweise die Verbrauchsabrechnung sowie IT-Dienstleistungen, soweit diese speziell für die Energiewirtschaft angeboten werden und es sich um keine Standardanwendungen handelt (BT-Drs. 17/10754, Seite 21).

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen verzichtet zunächst darauf, bezüglich der mittelbaren energiespezifischen Dienstleistungen eine noch weitergehende Definition

anzusetzen. Im Bereich von Dienstleistungen, die deshalb als mittelbar energiespezifisch einzustufen sein könnten, da diese ohnehin ausschließlich oder überwiegend gegenüber dem eigenen verbundenen Netzbetreiber erbracht werden, können sich Zuordnungsschwierigkeiten ergeben. Jedoch können die Adressaten dieser Festlegung derartige Zuordnungsschwierigkeiten stets vermeiden, indem im Zweifel die Dienstleistungserbringung an einen verbundenen Netzbetreiber als energiespezifisch eingestuft wird. Dies hätte auch eine erleichterte Nachweisführung nach § 4 Absatz 5a StromNEV zur Folge (siehe zum Kostennachweis in diesem Zusammenhang unten II.4.3.2.8). Soweit hingegen eine scharfe Abgrenzung von mittelbaren energiespezifischen Dienstleistungen von sonstigen Dienstleistungen erfolgen soll, ist hierfür gemäß der Gesetzesbegründung das Kriterium maßgeblich, ob es sich (objektiv) um speziell für die Energiewirtschaft angebotene Dienstleistungen und nicht um eine Standardanwendung handelt. Abgrenzungsschwierigkeiten bestehen bei dieser Begriffsauslegung nicht. So müssen beispielsweise die Kantine oder die Lohnabrechnung, auch wenn diese ausschließlich gegenüber dem Netzbetrieb erbracht werden, nicht den energiespezifischen Dienstleistungen zugerechnet werden. Eine energierechtliche Rechtsberatung ist jedoch keine Standardanwendung, sondern wird speziell für die Energiewirtschaft angeboten.

Sofern jedoch Unternehmen bei der Frage der Anerkennungsfähigkeit von Dienstleistungskosten in der Vergangenheit die fehlende Möglichkeit einer externen Ausschreibung geltend gemacht haben (da die innerhalb des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens erbrachten Dienstleistungen solche besonderer Art seien, die nicht ohne weiteres extern ausgeschrieben werden könnten), spricht dies entschieden dafür, dass es sich hierbei um speziell für die Energiewirtschaft angebotene und damit energiespezifische Dienstleistungen handelt.

Wenn im Einzelfall diese Zuordnung mit unververtretbarem Aufwand verbunden wäre (vgl. zu diesem Maßstab § 6b Absatz 3 Satz 5 EnWG zur Unzumutbarkeit einer direkten Zuordnung), bestehen für das Unternehmen zwei Optionen: entweder eine großzügige Zuordnung auch dieser Dienstleistungen zu den energiespezifischen Dienstleistungen (verbunden mit einem entsprechenden Ansatzpunkt für die Erbringung von Nachweisen zur Angemessenheit der Dienstleistungskosten nach § 4 Absatz 5a StromNEV, siehe unten II.4.3.2.8), oder aber die Zuordnung zu den sonstigen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors – dies jedoch verbunden mit dem Risiko für den verbundenen, vertikal integrierten Netzbetreiber, die entsprechenden Nachweise nicht erbringen zu können.

4.3.2 Energiespezifische Dienstleistungen als Verteilungstätigkeit

In Tenorziffer 3 wird klarstellend angeordnet, dass, sofern ein adressiertes Unternehmen energiespezifische Dienstleistungen gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung nach § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 EnWG eines verbundenen, vertikal integrierten Unternehmens erbringt, diese energiespezifischen Dienstleistungen auch beim Erbringer der energiespezifischen Dienstleistung dem jeweiligen Tätigkeitsbereich (Elektrizitätsverteilung) zuzuordnen sind.

Wird also innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens beispielsweise durch eine Muttergesellschaft gegenüber dem rechtlich selbstständigen, verbundenen Netzbetreiber eine energiespezifische Dienstleistung erbracht, trifft in diesem Fall die Muttergesellschaft als Adressatin dieser Festlegung die Pflicht, einen entspre-

chenden Tätigkeitsabschluss „Elektrizitätsverteilung“ aufzustellen. Gleiches gilt, wenn diese Dienstleistung durch eine ausgegliederte Dienstleistungsgesellschaft, die Teil des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens ist, erbracht wird. Hierbei kann im Ergebnis dahinstehen, ob sich diese Zuordnung bereits aus dem Gesetz ergibt oder durch diese Festlegung etwaige Optionsmöglichkeiten bei der Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse eingeschränkt werden.

4.3.2.1 Zuordnung aufgrund der gesetzlichen Regelungen in § 6b EnWG

Zur Überzeugung der Landesregulierungsbehörde Sachsen ist eine Dienstleistung, jedenfalls sofern sie energiespezifisch ist und direkt oder indirekt gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung eines verbundenen, vertikal integrierten Netzbetreibers erbracht wird, auch beim Erbringer der Dienstleistung dem entsprechenden Tätigkeitsbereich zuzuordnen. Eine Zuordnung zum Bereich der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors nach § 6b Absatz 3 Satz 3 EnWG kommt nach Wortlaut, Sinn und Zweck sowie Historie der Vorschriften nicht in Betracht.

Bereits der Wortlaut verbietet eine Zuordnung zu den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors. Diese verstehen sich als Abgrenzung zu den in § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummern 1 bis 6 EnWG genannten Tätigkeitsbereichen. Sofern ein Bezug des unternehmerischen Handelns des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens zu einem der in § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummern 1 bis 6 EnWG genannten Tätigkeitsbereiche besteht, ist dieses unternehmerische Handeln dem entsprechenden Tätigkeitsbereich zuzuordnen. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich bei dem Unternehmen um einen rechtlich selbstständigen Netzbetreiber, ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit einem nicht nach § 7 EnWG rechtlich entflochtenen Netzbetrieb oder um ein rechtlich selbstständiges Unternehmen handelt, das zu einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen gehört und mittelbar oder unmittelbar energiespezifische Dienstleistungen etwa auf dem Gebiet der Elektrizitätsverteilung erbringt.

Dagegen spricht auch nicht der Wortlaut der Definition von „Verteilung“ nach § 3 Nummer 37 EnWG. Hier wird Elektrizitätsverteilung definiert als Transport von Elektrizität mit hoher, mittlerer oder niedriger Spannung über Elektrizitätsverteilernetze, um die Versorgung von Kunden zu ermöglichen, jedoch nicht die Belieferung der Kunden selbst. Hieraus lassen sich keine Rückschlüsse ziehen, dass bestimmte, für den Transport erforderliche, energiespezifische Leistungen nur dann der Elektrizitätsverteilung unterfallen, wenn diese durch den Netzbetreiber selbst erbracht werden. Im Gegenteil spricht die Regelung in Artikel 2 Nummer 1 der Richtlinie 2009/73/EG vom 13.07.2009 dafür, unter den Begriff der Verteilung auch die hierfür erforderlichen, jedenfalls energiespezifischen Dienstleistungen zu fassen. Denn hieraus ergibt sich, dass unter „Verteilung“ nicht nur der reine Transport von Elektrizität zu verstehen ist, sondern auch die kommerziellen, technischen und/oder wartungsbezogenen Aufgaben im Zusammenhang mit der Funktion Verteilung. Sofern diese Aufgaben von einem anderen Teil des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens erbracht werden, gebietet jedenfalls eine richtlinienkonforme Auslegung eine Einbeziehung in den entsprechenden Tätigkeitsbereich etwa der Elektrizitätsverteilung.

Eine Zuordnung zu den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors würde auch dem Sinn und Zweck der Regelung und dem erklärten Willen des Gesetzgebers widersprechen. Bei vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen „muss die Unabhängigkeit von anderen

Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung sichergestellt werden, um eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung und Abwicklung des Netzbetriebs zu gewährleisten. Dies gilt selbstverständlich auch für zum vertikal integrierten Unternehmen gehörige rechtlich selbstständige Netzbetriebsgesellschaften sowie für rechtlich selbstständige Unternehmen, die mit dem vertikal integrierten Unternehmen verbunden sind und unmittelbar oder mittelbar energiespezifische Serviceleistungen erbringen“ (BT-Drs.17/10754, Seite 21). Sofern aus dem Netzbetrieb bestimmte, für die Verteilungstätigkeit erforderliche, energiespezifische Leistungen ausgelagert und von einer verbundenen Dienstleistungsgesellschaft erbracht werden, würde der Sinn und Zweck des § 6b EnWG konkretisiert werden, wenn aufgrund dieser Auslagerung die Tätigkeit plötzlich nicht mehr in einem Tätigkeitsabschluss des Bereichs „Elektrizitätsverteilung“ identifizierbar wäre, sondern zusammen mit nicht regulierten Tätigkeiten wie der Erzeugung und dem Vertrieb den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors zugeordnet werden könnte.

Schließlich ist auch die Praxis, die Zuordnung der energiespezifischen Dienstleistungen beispielsweise zu den Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“ oder „anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ letztlich dem Zufall zu überlassen, nicht mit dem Sinn und Zweck der Vermeidung von Quersubventionierung zu vereinbaren. Bei einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen kann die Zuordnung zu den Tätigkeitsbereichen nicht davon abhängen, welcher Teil des Unternehmens bzw. welches Unternehmen innerhalb der verbundenen Gruppe von Unternehmen die Tätigkeit ausübt. Evident ist dies in der Konstellation, in der der Erbringer der energiespezifischen Dienstleistung auch die Verpachtungstätigkeit nach § 6b Absatz 3 Satz 2 EnWG ausübt. In diesem Fall ist es etwa nach Auffassung des IDW in das Belieben des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens gestellt, welchem Tätigkeitsbereich die energiespezifische Dienstleistung gegenüber dem Netzbetrieb zugeordnet wird (IDW RS ÖFA 2, 03.09.2013, Rn. 28).

Auch aus der Historie des § 6b EnWG lässt sich dieses Auslegungsergebnis ableiten. Denn die vom Gesetzgeber vorgenommene Klarstellung im Hinblick auf energiespezifische Dienstleistungen wäre letztlich folgenlos, wenn diese Dienstleistungen stets bei den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors verbucht werden könnten (und dadurch mit wettbewerblichen Tätigkeiten vermengt würden), auch wenn die Dienstleistung gegenüber dem Netzbetrieb erbracht werden.

4.3.2.2 Zuordnung durch Festlegung nach § 6b Absatz 6 EnWG

Sofern entgegen der durch die Landesregulierungsbehörde Sachsen vertretenen Auffassung entsprechende Optionsmöglichkeiten bei der Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse gegeben sein sollten, werden diese durch die Regelung in der Tenorziffer 3 eingeschränkt. Diese Regelung dient dem Zweck, eine Quersubventionierung zwischen monopolistischen und wettbewerblichen Bereichen innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens auch dann zu vermeiden, wenn energiespezifische Dienstleistungen gegenüber dem monopolistischen Bereich des Netzbetriebs erbracht werden. Die Vorgaben des § 4 Absatz 5a StromNEV zeigen die praktische Relevanz dieses Themenkomplexes gerade für die Kostenprüfung nach § 6 Absatz 1 ARegV (siehe hierzu auch unten II.4.3.2.8 zum Kostennachweis für Dienstleistungen). Die Regelung ist geeignet, einen Tätigkeitsabschluss für die energiespezifischen Dienstleistungen, die gegenüber dem verbundenen, vertikal integrierten Netzbetrieb erbracht werden, herbeizuführen. Ein solcher Tätigkeitsabschluss ist auch erforderlich,

da andernfalls eine Vermengung dieser energiespezifischen Tätigkeiten mit anderen, auch wettbewerblichen Tätigkeiten erfolgen würde. Die Regelung ist auch angemessen. Die Aufstellung eines entsprechenden Tätigkeitsabschlusses ist für die betroffenen Unternehmen zumutbar und wird teilweise bereits heute praktiziert.

Damit ist zudem die Möglichkeit eröffnet, die in diesem Beschluss niedergelegten Verpflichtungen, nach einer entsprechenden Androhung, mittels Zwangsgeld nach § 94 EnWG durchzusetzen.

4.3.2.3 Keine Aufteilung der Tätigkeitsabschlüsse nach Empfängern der energiespezifischen Dienstleistungen

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat davon abgesehen, die Pflicht zur Aufstellung eines Tätigkeitsabschlusses je Empfänger der energiespezifischen Dienstleistung vorzusehen. Im Rahmen der Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus wird dementsprechend gegebenenfalls eine Aufteilung der in dem entsprechenden Tätigkeitsabschluss ausgewiesenen Positionen erforderlich sein. Die adressierten Unternehmen können Zweifel bei dieser Aufteilung bereits im Vorfeld ausräumen, wenn auf freiwilliger Basis entsprechende differenzierte Tätigkeitsabschlüsse aufgestellt werden.

4.3.2.4 Gegenüber anderen Tätigkeitsbereichen erbrachte energiespezifische Dienstleistungen

Klarstellend sei erwähnt, dass je nach Empfänger der energiespezifischen Dienstleistung diese nicht zwingend einem der Tätigkeitsbereiche nach § 6b Absatz 3 Satz 1 Nummern 1 bis 6 EnWG zuzuordnen sind. Werden energiespezifische Dienstleistungen etwa gegenüber dem (Strom-) Vertrieb innerhalb des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens erbracht, sind diese den anderen Tätigkeiten innerhalb der Elektrizitätsversorgung zuzuordnen.

4.3.2.5 Zuordnung von nicht energiespezifischen Dienstleistungen

Hinsichtlich nicht energiespezifischer Dienstleistungen gilt, dass soweit ein verbundenes, vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung energiespezifische Dienstleistungen erbringt und/oder Netzinfrastruktur überlässt und auch zusätzlich sonstige Dienstleistungen gegenüber diesem Tätigkeitsbereich erbringt, es zweckmäßig ist, bei der Erstellung des Tätigkeitsabschlusses „Elektrizitätsverteilung“ des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens auch die sonstigen gegenüber dem entsprechenden Tätigkeitsbereich erbrachten Dienstleistungen in den Tätigkeitsabschluss „Elektrizitätsverteilung“ einzubeziehen. Zum einen werden hierdurch Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den energiespezifischen Dienstleistungen und den sonstigen Dienstleistungen vermieden, zum anderen erleichtert dies die Nachweisführung nach § 4 Absatz 5a StromNEV im Rahmen der Kostenprüfung für die sonstigen Dienstleistungen (siehe zum Kostennachweis unten II.4.3.2.8). Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Regelung, sondern einen unverbindlichen Hinweis der Landesregulierungsbehörde Sachsen.

4.3.2.6 Energiespezifische Dienstleistungen an nicht verbundene Unternehmen

Es wird darauf verzichtet, die Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen unabhängig davon vornehmen zu lassen, ob diese gegenüber dem Tätigkeitsbereich

Elektrizitätsverteilung von verbundenen, assoziierten oder dritten Unternehmen erbracht werden. Zwar differenziert der Begriff der energiespezifischen Dienstleistung nicht zwischen der Erbringung an verbundene, assoziierte oder dritte Unternehmen. Auch bei der Verpachtungstätigkeit nach § 6b Absatz 3 Satz 2 EnWG gilt, dass diese beispielsweise dem Tätigkeitsbereich der Elektrizitätsverteilung zuzuordnen ist, auch wenn die Verpachtung an dritte, nicht verbundene Unternehmen erfolgt. Im Rahmen dieser Festlegung beschränkt die Landesregulierungsbehörde Sachsen die klarstellende Anordnung der Zuordnungspflicht jedoch auf energiespezifische Dienstleistungen, die gegenüber einem verbundenen, vertikal integrierten Unternehmen erbracht werden.

Es gibt Konstellationen in Verpachtungsverhältnissen, in denen formell nicht verpflichtete Unternehmen Fragen zu Dienstleistungskosten bereits im Vorfeld ausräumen können, wenn (weiterhin) auf freiwilliger Basis entsprechende differenzierte Tätigkeitsabschlüsse aufgestellt werden.

4.3.2.7 Mehrstufige Dienstleistungsverhältnisse in einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen

Sofern zwischen dem eigentlichen Erbringer einer energiespezifischen Dienstleistung und dem Netzbetreiber weitere verbundene, vertikal integrierte Unternehmen zwischengeschaltet sind, gelten die Zuordnung zum entsprechenden Tätigkeitsbereich und damit die Pflicht zur Aufstellung von Tätigkeitsabschlüssen für alle insoweit beteiligten Unternehmen.

Damit wird gewährleistet, dass die Verpflichtungen nicht durch entsprechende Ausgestaltungen (etwa durch die Gründung einer Zwischengesellschaft, deren einziger Zweck die Weiterreichung von Dienstleistungen ist) umgangen werden können. Dies ist bereits insofern gerechtfertigt, als dass diese Konstellation der Erbringung von energiespezifischen Dienstleistungen gleich zu behandeln ist mit einer direkten Erbringung der Dienstleistungen. Eine pauschale Privilegierung komplexer Konzernstrukturen wäre hingegen nicht sachgerecht.

Auch der Ordnungsgeber hat die grundsätzliche Bedeutung dieser Konstellation der Erbringung von Dienstleistungen erkannt. So sei mit § 4 Absatz 5a Satz 3 StromNEV eine Regelung für solche Fallkonstellationen geschaffen worden, in denen Vorleistungen in die Dienstleistungskosten einfließen, die von Unternehmen erbracht werden, die ebenfalls zu der Gruppe miteinander verbundener Elektrizitätsunternehmen gehören. Die auf diese Vorleistungen entfallenden Kosten oder Kostenbestandteile könnten nur maximal in der Höhe anerkannt werden, wie sie bei dem die Vorleistung erbringenden Unternehmen unter Anwendung der Grundsätze der Entgeltbestimmung im Sinne der §§ 3ff. StromNEV und gegebenenfalls unter Anwendung von § 6 Absatz 2 ARegV tatsächlich angefallen sind. Damit werde unabhängig von der gesellschaftsrechtlichen Organisationsstruktur einer Gruppe verbundener Unternehmen gewährleistet, dass nicht nur die verbundenen Unternehmen, die in direkter Leistungsbeziehung zu dem Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes stehen, sondern auch die verbundenen Unternehmen, die mittelbar Leistungen für den Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes erbringen, keine überhöhten Preise verrechnen können, die sich unter normalen Wettbewerbsbedingungen nicht einstellen würden (BR-Drs. 296/1/16 Seite 22f.).

Bzüglich des hierfür erforderlichen Informationsaustausches hat der Ordnungsgeber ebenso klargestellt,

dass dieser innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens schlicht zu leisten ist.

Nach § 4 Absatz 5a Satz 5 StromNEV habe der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes dafür Sorge zu tragen, dass der gesellschaftsrechtlich mit ihm verbundene Dienstleister seine tatsächlich angefallenen Kosten unter Anwendung der Grundsätze der Entgeltbestimmung im Sinne der §§ 3 ff. StromNEV und gegebenenfalls unter Anwendung von § 6 Absatz 2 ARegV ermittelt. Die durch den gesellschaftsrechtlich verbundenen Dienstleister ordnungsgemäß ermittelten Kosten habe der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes an die zuständige Regulierungsbehörde zu übermitteln (BR- Drs. 296/1/16 Seite 22f.). Demnach haben innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens alle an dieser Form der Erbringung von energiespezifischen Dienstleistungen beteiligten Unternehmen sich die für die jeweilige getrennte Kontoführung erforderlichen Informationen (beispielsweise zu der Frage, ob die Dienstleistung dem Elektrizitäts- oder Gassektor zuzuordnen ist) gegenseitig bereitzustellen.

Aus den Vorgaben zur operationellen Entflechtung nach § 7a Absatz 4 Satz 2 EnWG ergibt sich zudem, dass das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sicherzustellen hat, dass der Verteilernetzbetreiber über die erforderliche Ausstattung in materieller, personeller, technischer und finanzieller Hinsicht verfügt, um tatsächliche Entscheidungsbefugnisse nach § 7a Absatz 4 Seite 1 EnWG effektiv ausüben zu können. Nach § 7a Absatz 4 Seite 1 EnWG haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zu gewährleisten, dass die Verteilernetzbetreiber tatsächliche Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf die für den Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Netzes erforderlichen Vermögenswerte des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens besitzen und diese im Rahmen der Bestimmungen des EnWG unabhängig von der Leitung und den anderen betrieblichen Einrichtungen des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens ausüben können. Hieraus lässt sich ableiten, dass innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens zumindest auch entsprechende Informationspflichten bestehen, mit denen der Verteilernetzbetreiber seine Entscheidungsbefugnisse effektiv ausüben kann.

Auch hier gilt, dass im Fall einer Unzumutbarkeit (vgl. zu diesem Maßstab § 6b Absatz 3 Satz 5 EnWG zur Unzumutbarkeit einer direkten Zuordnung) gegebenenfalls eine derartige Zuordnung ausscheidet. Letztlich würde dies bedeuten, dass aufgrund der Komplexität der konzerninternen Leistungsbeziehungen dem Netzbetreiber der nach § 4 Absatz 5a Satz 5 StromNEV obliegende Nachweis für die Angemessenheit der Entgelte für energiespezifische Dienstleistungen zumindest erschwert wird.

4.3.2.8 Kostennachweise für energiespezifische Dienstleistungen gegenüber verbundenen Netzbetreibern

Insbesondere mit den unter unten II.4.3.2.5 bis II.4.3.2.7 dargelegten Aspekten besteht grundsätzlich eine Kongruenz zwischen der Zuordnungspflicht für energiespezifische Dienstleistungen und den Fällen, in denen im Rahmen einer Kostenprüfung potenziell entsprechende Erhebungsbögen für die Dienstleistungstätigkeit erhoben werden.

Die Notwendigkeit, im Bereich der Dienstleisterkosten ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, ob diese Kosten den Verhältnissen eines effizienten und strukturell

vergleichbaren Netzbetreibers entsprechen (§ 21 Absatz 2 Satz 1 EnWG, § 4 Absatz 1 StromNEV), ergibt sich aus den entsprechenden Vorgaben des EnWG und der StromNEV.

Der Gesetzgeber hat nicht nur das hier bestehende Potenzial der Diskriminierung und Quersubventionierung erkannt und im Jahr 2012 klargestellt, dass rechtlich selbstständige Unternehmen, die zu einer Gruppe verbundener, vertikal integrierter Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehören und mittelbar oder unmittelbar energiespezifische Dienstleistungen erbringen, den Vorgaben des § 6b EnWG unterfallen (Artikel 1 Nummer 3 a) aa) Drittes Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften, Gesetz vom 20.12.2012, BGBl. I Seite 2730, siehe hierzu II.4.3.2.1). Der Ordnungsgeber hat auch durch mehrere Änderungen der StromNEV zum Ausdruck gebracht, dass seitens der Regulierungsbehörden in diesem Bereich besondere Prüfungen vorzunehmen sind bzw. die Netzbetreiber im Vergleich zu anderen Kostenpositionen einer besonderen Nachweispflicht unterliegen.

So wurde bereits im Jahr 2010 in § 4 Absatz 5a StromNEV klargestellt, dass Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen Kosten oder Kostenbestandteile, die auf Grund von Dienstleistungen durch Dritte anfallen, maximal in der Höhe ansetzen können, wie sie anfielen, wenn sie die Leistungen selbst erbringen würden. Zudem hat der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes die erforderlichen Nachweise zu führen (Artikel 5 Nummer 1 der Verordnung zur Neufassung und Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts sowie des Bergrechts vom 03.09.2010, BGBl. I Seite 1261).

Sodann wurde im Jahr 2016 § 4 Absatz 5a StromNEV in seiner jetzigen Fassung verabschiedet. „Gehören das die Dienstleistung erbringende Unternehmen und der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes oder ein Gesellschafter des Betreibers des Elektrizitätsversorgungsnetzes zu einer Gruppe miteinander verbundener Elektrizitätsunternehmen, so darf der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes die aus der Erbringung der Dienstleistung entstehenden Kosten oder Kostenbestandteile maximal in der Höhe ansetzen, wie sie bei dem die Dienstleistung erbringenden Unternehmen unter Anwendung der Grundsätze der Entgeltbestimmung im Sinne dieser Verordnung und gegebenenfalls unter Anwendung des § 6 Absatz 2 ARegV tatsächlich angefallen sind (§ 4 Absatz 5a S. 2 StromNEV)“.

In der Verordnungsbegründung wurde festgehalten (BR-Drs. 296/1/16 S. 21f.):

„Gerade in diesen Fällen hat der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes nicht notwendigerweise ein Interesse daran, die mit dem Netzbetrieb verbundenen und auszulagernden Aufgaben zu angemessenen Rechnungsbeträgen auf den Dienstleister zu übertragen. Es besteht daher das Risiko des Abschlusses von Dienstleistungsverträgen zu überhöhten Preisen, um dem mit dem Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes gesellschaftsrechtlich verbundenen Dienstleister die Zahlung überhöhter Rechnungsbeträge auf Kosten der Netznutzer zukommen zu lassen. [...] Daher wird vorgeschlagen, eine ausdrückliche Regelung dahingehend zu schaffen, dass die zuständige Regulierungsbehörde in solchen Fallkonstellationen im Rahmen der Kostenprüfung auf die bei dem Elektrizitätsversorgungsnetz gesellschaftsrechtlich verbundenen Dienstleister tatsächlich anfallenden Kosten oder Kostenbestandteile abstellen muss, um eine sachgerechte Überprüfung der Angemessenheit der verrechneten Dienstleistung vornehmen zu können.“

Zudem hat der Ordnungsgeber für diese Konstellation ausdrücklich auf die Einreichung entsprechender Erhebungsbögen abgestellt (BR-Drs. 296/1/16 Seite 23):

„Die bei dem gesellschaftsrechtlich verbundenen Dienstleister tatsächlich angefallenen Kosten oder Kostenbestandteile [...] ergeben sich aus dem sogenannten Dienstleisterbogen, der den Unternehmen schon bisher durch die Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder zur Verfügung gestellt wurde und auch künftig zur Verfügung gestellt werden wird.“

Diese Erhebungsbögen müssen sich inhaltlich aus den entsprechend abgegrenzten Kosten beim Dienstleistungsunternehmen ergeben.

Schließlich hat der Ordnungsgeber auch bedacht, dass sich zwar aus § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG besondere Verpflichtungen für energiespezifische Dienstleistungen ergeben, jedoch das aufgezeigte Diskriminierungspotenzial bei jeglichen konzerninternen Dienstleistungen besteht. Im Zusammenhang mit § 4 Absatz 5a StromNEV wurde deshalb in der Verordnungsbegründung klargestellt:

„Die Begrifflichkeit der Dienstleistung beschränkt sich dabei nicht auf die mittelbaren oder unmittelbaren energiespezifischen Dienstleistungen im Sinne des § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG [...], sondern erfasst auch gerade im sogenannten Shared-Services-Bereich häufig anzutreffende nicht energiespezifische Dienstleistungen [...]“

Wie unter II.4.3.1 und II.4.3.2.5 erörtert, kann dieser Konflikt durch eine großzügige Zuordnung zu den energiespezifischen Dienstleistungen aufgelöst werden.

Sofern erbrachte Dienstleistungen als sonstige Dienstleistungen eingeordnet werden, wird damit auch zum Ausdruck gebracht, dass diese nicht energiespezifisch und am freien Markt verfügbar sind und verglichen werden können.

Der Umstand, dass im Rahmen einer Kostenprüfung in gewissen Fällen auf die Einreichung eines Dienstleisterbogens verzichtet werden kann, stellt eine reine Verfahrensvereinfachung dar und ist Ausdruck des Bestrebens der Landesregulierungsbehörde, angemessene Prüfungsansätze zu finden. Daraus kann nicht abgeleitet werden, dass in wertmäßig geringfügigen Dienstleistungsverhältnissen kein Potenzial für Quersubventionierungen vorhanden sei. Vielmehr kann durch die konsequente Anwendung der Vorgaben zur buchhalterischen Entflechtung nach § 6b EnWG auch auf diese Dienstleistungsverhältnisse die Gefahr einer potenziellen Quersubventionierung bereits im Vorfeld einer Kostenprüfung gemindert werden. So sind auch in dieser Konstellation nach § 4 Absatz 5a Satz 2 StromNEV die Kosten maximal in der Höhe anzusetzen, wie sie bei dem die Dienstleistung erbringenden Unternehmen unter Anwendung der Grundsätze der Entgeltbestimmung gemäß der StromNEV tatsächlich angefallen sind.

Inwiefern diese Verhältnisse im Rahmen einer Kostenprüfung noch näher durch die Regulierungsbehörde untersucht werden, steht jedenfalls nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den gesetzlichen Vorgaben zur buchhalterischen Entflechtung nach § 6b EnWG. Selbst Betreiber eines geschlossenen Verteilernetzes nach § 110 EnWG unterliegen prinzipiell den Vorgaben von § 6b Absatz 1 und 3 EnWG, obwohl hier Entgelte nur auf Antrag hin überprüft werden.

4.4 Erweiterung des Prüfungsauftrages (zu Tenorziffer 4)

Mit Tenorziffer 4 wird der Prüfungsauftrag durch das Setzen von entsprechenden Prüfungsschwerpunkten erweitert. Hierbei werden die Adressaten der Festlegung verpflichtet, im Prüfungsauftrag wiederum den Prüfer zu verpflichten, im Prüfungsbericht bestimmte Angaben und Erläuterungen des Adressaten aufzunehmen und zu testieren. Soweit hier auf bestimmte Rechtsnormen Bezug genommen wird, bspw. die Regelungen zu Umlagen, sind insofern auch entsprechende Nachfolgeregelungen mit in Bezug genommen.

In allen Fällen sind die Vorgaben in Tenorziffer 4 ausschließlich auf den entsprechenden Tätigkeitsabschluss Elektrizitätsverteilung anzuwenden. Die Festlegung verfolgt hierbei stets den Zweck, dass Angaben mit Bezug zu bestimmten, regulatorischen Aufgaben ausgewiesen und erläutert werden und dieser Ausweis einen sachkundigen Dritten in die Lage versetzt, die Umstände (auch im Zeitablauf) nachzuvollziehen und erforderlichenfalls weitere Prüfungen durchzuführen. Hierbei erfolgt eine Orientierung an den Vorgaben des § 6b Absatz 3 Satz 5 EnWG, wonach beispielsweise Schlüsselungen sachgerecht und für Dritte nachvollziehbar sein müssen und die Einhaltung dieser Pflicht gemäß § 6b Absatz 5 Satz 1 EnWG vom Prüfer auch zu prüfen ist.

4.4.1 Allgemeine Aspekte zur Erweiterung des Prüfungsauftrags

4.4.1.1 Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen dem geprüften Unternehmen und dem Prüfer

In Tenorziffer 4 wurde klargestellt, dass es sich bei den Angaben und Erläuterungen nicht um solche des Prüfers handelt, sondern um solche des Adressaten als geprüftes Unternehmen. Dem Prüfer kommen, nach einer entsprechenden Verpflichtung durch das Unternehmen, die Aufgaben zu, diese Angaben und Erläuterungen in den Prüfungsbericht aufzunehmen (gegebenenfalls explizit gekennzeichnet als Angaben des Auftraggebers und/oder als Anlage zum Prüfungsbericht) und diese nach den gleichen Maßstäben, wie sie für die Prüfung eines Tätigkeitsabschlusses nach § 6b Absatz 5 EnWG gelten, zu testieren.

4.4.1.2 Keine Pflicht zur Veröffentlichung der Angaben nach Tenorziffer 4

Dadurch, dass die Angaben des geprüften Unternehmens lediglich im Prüfungsbericht oder als Anlage zu diesem ausgewiesen werden, sind diese nicht zu veröffentlichen. Die Vertraulichkeit im Hinblick auf etwaige sensible Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bleibt gewahrt.

4.4.1.3 Zulässige Erweiterung der Prüfungshandlungen

Gegen die Erweiterung der Prüfungshandlungen sprechen auch nicht anderweitige, bestehende Regelungen zur Abschlussprüfung. So sieht bereits § 6b Absatz 5 EnWG eine energierechtliche Erweiterung der Prüfungshandlungen vor. Nach § 6b Absatz 5 Satz 3 EnWG bestehen auch explizite Anforderungen an den Bestätigungsvermerk. Die Befugnis der Regulierungsbehörde, nach § 6b Absatz 6 Satz 2 EnWG weitere Prüfungsschwerpunkte zu setzen, wird durch anderweitige Regelungen zur Ausgestaltung der Abschlussprüfung nicht eingeschränkt. Ansonsten hätte diese Ermächtigungsgrundlage keinen Anwendungsbereich.

4.4.1.4 Maßstab für die Prüfungshandlungen

Durch die Festlegung erfolgt keine Modifizierung des Maßstabes, der grundsätzlich für Prüfungshandlungen der Wirtschaftsprüfer gilt. Die gemäß Tenorziffer 4 vorgesehenen Angaben und Erläuterungen des Adressaten sind demnach vom Prüfer nach den gleichen Maßstäben zu prüfen, wie sie für den Jahresabschluss und die Tätigkeitsabschlüsse gelten. Bezüglich dieses allgemeinen Maßstabes geht jedoch aus § 6b Absatz 5 Satz 2 EnWG hervor, dass hierbei auch zu prüfen ist, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet worden ist.

4.4.1.5 Nachgelagerte Prüfung

Die Umsetzung der Vorgaben nach Tenorziffer 4 ist auch durch einen gesonderten, vom Jahresabschluss getrennten Prüfungsauftrag möglich. Da bei einer solchen Vorgehensweise keine Fristen nach den Vorgaben des HGB gelten würden, hat die Landesregulierungsbehörde Sachsen eine angemessene Frist für die Umsetzung von acht Monaten nach dem Bilanzstichtag für die Übermittlung nach § 6b Absatz 7 EnWG analog gesetzt. Durch solch eine Freistellung wird den betroffenen Unternehmen eine Entkopplung von der eigentlichen Jahresabschlussprüfung ermöglicht. Diese Option bedeutet nicht, dass insoweit der Anwendungsbereich der Ermächtigungsgrundlage nach § 6b Absatz 6 EnWG nicht mehr gegeben wäre. So heißt es zwar in § 6b Absatz 6 Satz 1 2. Halbsatz EnWG, dass die Bestimmungen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung über die nach § 6b Absatz 1 EnWG anwendbaren Prüfungsvoraussetzungen hinaus zu berücksichtigen sind. Wenn nun die Landesregulierungsbehörde Sachsen im Vergleich zur zwingenden Integration in die Jahresabschlussprüfung als milderes Mittel vorsieht, dass eine Entkopplung der Prüfungsschwerpunkte vom Jahresabschluss möglich ist, handelt es sich hierbei dennoch um Vorgaben, die grundsätzlich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen sind. So ist im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zumindest zu prüfen, ob ein vollständiger, gesonderter Prüfungsauftrag nach den Vorgaben dieser Festlegung erteilt wurde.

4.4.1.6 Teilweise Befreiung von Verpächtern und Dienstleistern

Unternehmen, die der Festlegung nur in ihrer Eigenschaft als Dienstleister oder Verpächter unterfallen, sind von den Vorgaben in den Tenorziffern 4.2.1 (Ausweis des Rohergebnisses) befreit. Zudem sind solche Unternehmen, die der Festlegung nur in ihrer Eigenschaft als Dienstleister unterfallen und keine Verpachtungstätigkeit nach § 6b Absatz 3 Satz 2 EnWG ausüben oder separate Tätigkeitsabschlüsse für die Dienstleistungs- und Verpachtungstätigkeit aufstellen, insoweit zusätzlich von den Vorgaben in Tenorziffer 4.3 (Anlagengitter) befreit.

Im Hinblick auf die übrigen Punkte besteht hingegen eine Notwendigkeit, auch diese bezüglich der Unternehmen zu erfassen, die kein Netzbetreiber, sondern Dienstleister oder Verpächter sind. Dies ergibt sich aus dem Bedarf der entsprechenden Datengrundlage für die Kostenprüfung nach § 6 Absatz 1 ARegV.

Aufgrund der differenzierten Anforderung bezüglich des Anlagengitters nach Tenorziffer 4.3 kann eine Aufteilung der Tätigkeitsabschlüsse getrennt nach Dienstleistung und Verpachtung zweckmäßig sein. Die Landesregulierungsbehörde Sachsen behält sich jedoch die Erweiterung der Prüfungsschwerpunkte in späteren Festlegungsverfahren vor.

4.4.1.7 Keine Befreiungen von der jährlichen Prüfung

Im Hinblick auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Anordnungen hat die Landesregulierungsbehörde Sachsen erörtert, ob bei einigen Prüfungsschwerpunkten auf eine jährliche Anordnung verzichtet werden kann. Dagegen spricht, dass die Vorteile für die entsprechenden Anpassungen der Buchhaltungssysteme und Prüfungsvorgänge, insbesondere dann entstehen, wenn Anforderungen regelmäßig und gleichförmig gelten.

4.4.2 Einzelne Prüfungsschwerpunkte

4.4.2.1 Übersicht von verbundenen, vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen, die gegenüber dem Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung Dienstleistungen erbringen und/oder Netzinfrastruktur(en) überlassen (zu Tenorziffer 4.1)

Die angeforderten Angaben sind erforderlich, um die Einhaltung der Regelungen des § 6b Absatz 1 EnWG überprüfen zu können und dienen zudem den Prüfhandlungen nach § 4 Absätze 5 und 5a StromNEV. Diese Angaben wurden bisher bereits im Rahmen der Datenerhebung für die Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus von den Netzbetreibern entsprechend aufbereitet, so dass sich durch die hier geregelten Verpflichtungen keine materiellen Änderungen ergeben. Durch die Aufnahme in den Prüfungsbericht werden zusätzlich die Angaben durch den Prüfer testiert. Im Ergebnis sind demnach pro verbundenen Unternehmen bis zu drei Werte anzugeben. Da es sich aus hiesiger Sicht um zumeist langfristige Verträge handelt, ist der jährliche Anpassungsaufwand für diese Zusatzangaben als eher gering einzuschätzen.

4.4.2.2 Ergänzende Angaben zur Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung (zu Tenorziffer 4.2)

Die angeforderten Angaben sind für verschiedene, regulatorische Zwecke erforderlich, insbesondere für die Genehmigung des Saldos des Regulierungskontos nach § 5 Absatz 4 Satz 1 ARegV sowie die Kostenprüfung nach § 6 Absatz 1 ARegV.

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat keine Aufhebung der größenabhängigen Erleichterungen für die Aufstellung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung im Hinblick auf die zu veröffentlichenden Tätigkeitsabschlüsse angeordnet. Lediglich im Prüfungsbericht sind, ausgehend von den aufgestellten Tätigkeitsabschlüssen, zusätzliche Angaben zu leisten. Hierbei handelt es sich um Angaben, die bereits jetzt ohnehin für regulatorische Verfahren erforderlich sind und bisher bei den Netzbetreibern abgefragt werden mussten. Hierbei hat sich die Landesregulierungsbehörde Sachsen auf ein Mindestmaß beschränkt, und nur solche Angaben in die Festlegung aufgenommen, deren Ausweis im Rahmen des Prüfungsberichtes zu einer Erleichterung der oben genannten Verwaltungsverfahren führt. Im Einzelnen:

• Ausweis des Rohergebnisses (Tenorziffer 4.2.1)

Tenorziffer 4.2.1 bestimmt, dass sofern und soweit einzelne Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen des Jahresabschlusses zu einem Posten unter der Bezeichnung „Rohergebnis“ nach § 276 HGB zusammengefasst werden dürfen, diese Positionen im Prüfungsbericht aufgeschlüsselt auszuweisen sind. Hierdurch wird insbesondere ein transparenter Ausweis der hierunter zusammengefassten Erlöse und Aufwendungen ermöglicht. Andernfalls wären aufgrund der Zusammenfassung etwa von Umsatzer-

lösen und Materialaufwendungen regulatorische Prüfhandlungen nicht möglich.

- Davon-Vermerk zu den Umsatzerlösen aus Netzentgelten (Tenorziffer 4.2.2)

Zusätzlich sind die Umsatzerlöse aus Netzentgelten als Davon-Vermerk auszuweisen. Dadurch wird eine transparente Aufgliederung der Umsatzerlöse in Sachverhalte mit und ohne Bezug zu Netzentgelten ermöglicht. Ergänzend sind als Davon-Vermerk zu den Umsatzerlösen die Umsatzerlöse aus Rückspeisung an den vorgelagerten Netzbetreiber auszuweisen. Dies erlaubt Abgrenzungen und entsprechende Prüfhandlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen für vermiedene Netzentgelte und vorgelagerte Netzkosten.

- Ausweis von Umlagepositionen (Tenorziffer 4.2.3)

Die in den Ziffern 4.2.3.1 bis 4.2.3.5 des Tenors näher bezeichneten Umlagepositionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert als Davon-Vermerke auszuweisen. Im Unterschied zum konsultierten Entwurf dieser Festlegung ist diesbezüglich als Erleichterung für die verpflichteten Unternehmen eine gesonderte Ausweisung in der Bilanz nicht erforderlich.

Mit dem Verzicht der Landesregulierungsbehörde auf eine gesonderte Ausweisung bestimmter Umlagepositionen vor einer Saldierung der entsprechenden Bilanzpositionen mit einer anderen Bilanzposition als Davon-Vermerk in der Bilanz, greift die Landesregulierungsbehörde im Rahmen des Anhörungsverfahrens vorgetragene Bedenken der Adressaten, insbesondere im Hinblick auf Praktikabilität und Realisierbarkeit, auf.

Gleichwohl muss an der darüber hinaus weiterhin bestehende Anforderung der gesonderten Ausweisung der Umlagepositionen als Davon-Vermerke in der Gewinn- und Verlustrechnung nach Tenorziffer 4.2.3 basierend auf den Erfahrungen der Regulierungsbehörden aus vergangenen Kostenprüfungen festgehalten werden.

Der Landesregulierungsbehörde wird hierdurch deren korrekte Berücksichtigung bzw. Bereinigung insbesondere im Rahmen der Kostenprüfung nach § 6 Absatz 1 ARegV ermöglicht. Für solche regulatorischen Vorgänge muss bekannt sein, in welchen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung diese Umlagesachverhalte gebucht werden. Die Zuordnung war in der letzten Kostenprüfung im Strombereich nicht immer eindeutig und hat in einigen Fällen einen hohen Aufklärungsaufwand und entsprechende Verzögerungen verursacht. Dies soll durch die getroffene Regelung vermieden werden.

Überdies behält sich die Landesregulierungsbehörde vor, im Rahmen der nachfolgenden Kostenprüfung nach § 6 Absatz 1 ARegV, im Einzelfall gegebenenfalls weitere Anforderungen im Hinblick auf die gesonderte Ausweisung dieser Umlagepositionen zu stellen.

Soweit in einzelnen Positionen keine Umlagepositionen verbucht sein sollten, ist dies durch die Angabe von Nullwerten klarzustellen.

- o Bezeichnung der Positionen

Die EEG-Umlage ist in § 60 Absatz 1 S. 1 EEG legal definiert. Abweichend hiervon wird in Tenorziffer 4.2.3.1 die Bezeichnung „EEG-Ausgleichsmechanismus“ gewählt. Hierunter sind die entsprechenden Ansprüche und Verpflichtungen in den Erträgen und Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen.

Diesbezüglich soll nur der reine Wälzungsmechanismus erfasst werden. Verteilernetzbetreiber nehmen den von EEG-Anlagen produzierten Strom ab und vergüten ihn nach den im EEG festgeschriebenen Vergütungssätzen. Hieraus entstehen Aufwendungen. Danach leiten die Verteilernetzbetreiber den Strom weiter an die Übertragungsnetzbetreiber und erhalten einen finanziellen Ausgleich. Hieraus entstehen Erträge. Dieser (kostenneutrale) Wälzungsmechanismus soll erfasst werden.

Nicht zu erfassen sind Positionen mit Bezug zur reinen EEG-Förderung durch die Adressaten als Stromerzeuger (etwa als Anlagenbetreiber). Auch die Entrichtung der EEG-Umlage als Stromverbraucher über Lieferantenverträge ist nicht zu erfassen.

Unter diesen Positionen sind also EEG-relevante Sachverhalte abzubilden, betreffend etwa Zahlungsansprüche nach § 19 oder § 50 EEG, den Ausgleich nach § 57 EEG einschließlich der dort genannten Rückzahlungen, den Ausgleich nach § 58 EnWG, die Vermarktung nach § 59 EEG (einschließlich der Positionen im Zusammenhang mit den Einnahmen und Ausgaben nach § 3 EEG) sowie Positionen im Zusammenhang mit den Ansprüchen der Netzbetreiber auf Zahlung der EEG-Umlage nach §§ 60 ff. EEG.

Weitere entsprechende Klarstellungen wurden in den Tenorziffern 4.2.3.2 bis 4.2.3.5 vorgenommen (KWKG-Belastungsausgleich, Offshore-Belastungsausgleich, Umlagemechanismus für individuelle Netzentgelte gemäß § 19 Absatz 2 StromNEV sowie Belastungsausgleich für abschaltbare Lasten).

- Ausweis der Aufwendungen für vermiedene Netzentgelte (Tenorziffer 4.2.4)

Der gesonderte Ausweis von Aufwendungen für vermiedene Netzentgelte dient der Prüfung des Saldo des Regulierungskontos.

- Ausweis der Aufwendungen für vorgelagerte Netzkosten (Tenorziffer 4.2.5)

Gleiches gilt für den gesonderten Ausweis von Aufwendungen für vorgelagerte Netzkosten.

- Ausweis von Kapitalausgleichsposten (Tenorziffer 4.2.6)

Der Ausweis von Kapitalausgleichsposten dient der Kostenprüfung nach § 6 Absatz 1 ARegV. Durch den separaten Ausweis von bilanziellen Ausgleichsposten oder ähnlichen Positionen, die dem Ausgleich der Tätigkeitsbilanz dienen, wird deren eindeutige Identifikation ermöglicht. Gleiches gilt für die gegebenenfalls zu erfolgende ausdrückliche Bestätigung des Nichtvorhandenseins solcher Positionen.

Sofern bei der Aufstellung der Tätigkeitsbilanz kein separater Kapitalausgleichsposten ausgewiesen wird, sondern eine Verrechnung unmittelbar im Eigenkapital erfolgt, ist die Vorgehensweise unter Nennung der Verrechnungshöhe gesondert darzulegen. In diesem Fall ist das Eigenkapital ohne die erfolgte Verrechnung unter Nennung des Kapitalausgleichspostens auszuweisen. Hiermit werden auch bei einer solchen Ausgestaltung des Tätigkeitsabschlusses eine Identifikation des Verrechnungspostens und die spätere kalkulatorische Berücksichtigung ermöglicht (vgl. BGH, Beschluss vom 17.10.2017, EnVR 23/16, Rn. 12ff., juris).

Gleiches gilt bei der Verrechnung der Kapitalausgleichsposten auf der Aktivseite z.B. in der Position Kasse oder Forderungen aus cashpool etc.

4.4.2.3 Anlagengitter des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung (Tenorziffer 4.3)

Gemäß Tenorziffer 4.3 ist im Prüfungsbericht ein den Vorgaben des § 284 Absatz 3 HGB entsprechendes Anlagengitter bezüglich des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung auszuweisen. Durch ein derartiges Anlagengitter wird ein Abgleich von handelsrechtlichen und kalkulatorischen Buchwerten zumindest im Ansatz ermöglicht. Dies ist insbesondere für die Plausibilisierung der Angaben im Rahmen der jährlichen KKAuf-Anträge sowie der Kostenprüfungsverfahren notwendig.

Hierbei verzichtet die Landesregulierungsbehörde Sachsen auf eine Aufgliederung nach den jeweiligen historischen Anschaffungsjahren, die Trennung nach einerseits historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und andererseits indirekt zugerechnetem Anlagevermögen sowie den gesonderten Ausweis der Reduktion der Anschaffungs- und Herstellungskosten aufgrund aktivisch angesetzter Ertragszuschüsse. Darüber hinaus verzichtet die Landesregulierungsbehörde Sachsen auch auf eine Aufgliederung nach den Anlagengruppen der Anlage 1 zur StromNEV. Adressaten, die reine Dienstleistungsunternehmen sind, sind zudem von der Vorgabe befreit (Tenorziffer 4).

Die Aufstellung eines derart reduzierten Anlagengitters stellt sich als verhältnismäßig dar. Es kommt auch nicht darauf an, dass nach handelsrechtlichen Vorgaben ein Anlagengitter nur noch im Anhang anzugeben ist (§ 284 Absatz 3 HGB) und daher für Tätigkeitsabschlüsse, die nach § 6b Absatz 3 Satz 6 EnWG nur aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung bestehen, nicht relevant ist. Denn es wird kein Anlagengitter als Teil eines Tätigkeitsabschlusses, sondern als Prüfungsschwerpunkt mit Bezug zu Buchwerten angeordnet.

4.4.2.4 Verbindlichkeiten aus Gewinnabführungsverträgen mit Bezug zum Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung (Tenorziffer 4.4)

Pflichten aus Gewinnabführungsverträgen stellen Verbindlichkeiten im Sinne von § 7 Absatz 2 Sätze 1 und 2 Nummer 5 StromNEV dar (vgl. BGH, Beschluss vom 29.01.2019, EnVR 63/17, Rn. 28, juris). Entsprechende Verbindlichkeiten mit Bezug zum Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung sind im Prüfungsbericht gesondert auszuweisen. Hierbei sind die gesamte Verbindlichkeit sowie der auf den entsprechenden Tätigkeitsbereich entfallende Anteil darzulegen.

Auch hier gilt, dass eine Zuordnung auf einzelne Tätigkeitsbereiche möglich sein muss, da nach § 6b Absatz 3 Satz 1 EnWG die betroffenen Unternehmen in ihrer internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten so zu führen haben, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Sofern sich in einem Tätigkeitsbereich ein Verlust als Beitrag zu der gesamthaften Verbindlichkeit aus einem Gewinnabführungsvertrag ergibt, ist dies entsprechend auszuweisen.

4.4.3 Verhältnismäßigkeit der Erweiterung des Prüfungsauftrages

Die Zuordnung ist verhältnismäßig. Dies gilt insbesondere auch aufgrund des teilweisen Verzichts der Erweiterung des Prüfungsauftrages bei Verpachtungs- und Dienstleistungsunternehmen (siehe hierzu oben II.4.4.1.6). Zudem hat die Landesregulierungsbehörde Sachsen einen teilweisen Verzicht auf eine jährliche Anwendung der Vorgaben eruiert (siehe hierzu oben II.4.4.1.7). Zusätzlich hat die Landesre-

gulierungsbehörde Sachsen bezüglich des Anlagengitters nach Tenorziffer 4.3 auf den Ausweis nach Anlagengruppen gemäß Anlage 1 zur StromNEV und die Erstellung eines Anlagengitters durch Dienstleistungsunternehmen verzichtet (siehe II.4.4.2.3). Eine weitere Vereinfachung in zeitlicher Hinsicht ergibt sich aus der Möglichkeit gemäß Tenorziffer 4, wonach die Vorgaben auch durch einen gesonderten, vom Jahresabschluss getrennten Prüfungsauftrag erfüllt werden können.

Darüber hinaus hält die Landesregulierungsbehörde Sachsen auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis für angemessen. Die von Tenorziffer 4 erfassten Angaben und Informationen, welche die Landesregulierungsbehörde Sachsen wie bereits beschrieben auf ein absolutes Mindestmaß begrenzt hat, wurden überwiegend bereits in anderen regulatorischen Verfahren abgefragt (durch Erhebungsbögen oder nachgelagerte Einzelanfragen im Rahmen der Verwaltungsverfahren). Neue Anforderungen basieren auf konkreten Prüferfahrungen aus der Kostenprüfung für die dritte Regulierungsperiode bzw. aus der Prüfung des Regulierungskontos. Hierbei hat sich herausgestellt, dass die sachgerechte Bewertung von Sachverhalten einer allgemeinen, sachgerechten und möglichst testierten Datengrundlage bedarf.

Eine weitergehende Beschränkung des Adressatenkreises ist im Hinblick auf Sinn und Zweck des § 6b EnWG ausgeschlossen. Die Verpflichtungen sind zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung geeignet, erforderlich und angemessen. Die so definierte Pflicht zur Aufstellung eines Tätigkeitsabschlusses besteht für alle Unternehmen, die energiespezifische Dienstleistungen an verbundene Netzbetreiber erbringen. Schwellenwerte zum wirtschaftlichen Mindestvolumen der betroffenen Unternehmen sind nicht geeignet, die für einen funktionierenden Wettbewerb erforderliche Mindesttransparenz im Energiesektor zu schaffen. Hierauf aber zielt § 6b EnWG durch die punktuelle Modifikation der handelsrechtlichen Vorgaben im Interesse energiewirtschaftsrechtlicher Zwecke ab.

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hält ebenso den beabsichtigten Zeitplan für vertretbar und angemessen. Den betroffenen Unternehmen waren aufgrund der bisherigen Einzelabfragen der Angaben die regulatorischen Anforderungen insoweit bekannt. Letztlich ist sachgerecht, dass die betroffenen Unternehmen mittelfristig Systemanpassungen dahingehend vornehmen können, dass regulatorisch notwendige Informationen nicht händisch beschafft werden müssen, was mit einer gewissen Fehleranfälligkeit einhergeht. Sofern in einem Übergangszeitraum die Informationsbeschaffung noch nicht automatisiert ablaufen kann, ergibt sich hierbei jedenfalls keine höhere Belastung für die Unternehmen als für den Fall einer Abfrage der Daten im Einzelfall. Dies gilt insbesondere in Verbindung mit der Regelung zur Möglichkeit der gesonderten, vom Jahresabschluss getrennten Prüfung nach Tenorziffer 4.

4.5 Darlegung im Tätigkeitsabschluss (zu Tenorziffer 5)

Gemäß Tenorziffer 5 können die Angaben zu Tenorziffer 4.2 direkt in die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsabschlusses Elektrizitätsverteilung und die Angaben zu Tenorziffer 4.3 direkt in das Anlagengitter des Tätigkeitsabschlusses Elektrizitätsverteilung aufgenommen werden. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Option. Die Einhaltung der Vorgaben zur Klarheit und Übersichtlichkeit des Abschlusses obliegt hierbei den Adressaten.

4.6 Anwendungszeitraum (zu Tenorziffer 6)

Gemäß Tenorziffer 6 ist die Festlegung für die Jahresabschlüsse mit einem Bilanzstichtag ab dem 31.12.2021 anzuwenden. Damit werden in allen Fällen die zeitlichen Vorgaben nach § 6b Absatz 6 Satz 3 EnWG eingehalten. Für die Adressaten der Festlegung sowie die Prüfer besteht somit eine angemessene Vorlaufzeit. In den Fällen in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen liegt der Bilanzstichtag der adressierten Unternehmen auf dem 31.12.2021. Bezüglich der Verhältnismäßigkeit der Vorgaben wird auf die Ausführungen unter II.4.3.1, II.4.3.2.3, II.4.3.2.6, II.4.4.1 und II.4.4.3 verwiesen. Die Vorgaben sind auch in zeitlicher Hinsicht vor den dargelegten Hintergründen noch angemessen.

In diesem Zusammenhang stellt die Landesregulierungsbehörde Sachsen klar, dass Vorjahreswerte bei erstmaliger Umsetzung nicht nach den Vorgaben der Festlegung ausgewiesen werden müssen, jedoch die Option dazu auf freiwilliger Basis besteht.

4.7 Übermittlung des Prüfungsberichts (zu Tenorziffer 7)

Gemäß Tenorziffer 7 haben die Adressaten den Prüfungsbericht nebst Ergänzungsbänden unverzüglich nach Feststellung des Jahresabschlusses bei der Landesregulierungsbehörde Sachsen einzureichen, spätestens jedoch bis zum Ablauf von acht Monaten oder, wenn es sich um eine kleine Gesellschaft handelt (§ 267 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs), bis zum Ablauf der ersten elf Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres. Mit dieser Regelung wird die Übermittlungspflicht nach § 6b Absatz 7 Satz 1 EnWG näher konkretisiert. Hierbei erfolgt eine Orientierung an den Fristigkeiten nach § 175 Absatz 1 und 3 AktG und § 42a Absatz 2 GmbHG. Eine volle Ausschöpfung der Frist zur Feststellung eines Jahresabschlusses beispielsweise zum 31.08. eines Kalenderjahres hätte zur Folge, dass zulässigerweise eine Übermittlung an die Regulierungsbehörde zum 01.09. respektive 01.12. erfolgen könnte.

Dabei besteht keine Normenkollision zu § 6b Absatz 4 EnWG. Hiernach haben die gesetzlichen Vertreter den Tätigkeitsabschluss unverzüglich, jedoch spätestens vor Ablauf des zwölften Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres, gemeinsam mit dem nach § 6b Absatz 1 Satz 1 EnWG in Verbindung mit § 325 HGB offenzulegenden Jahresabschluss beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch einzureichen. In Tenorziffer 7 wird allein die Frist zur Erfüllung der Übermittlungspflicht an die Regulierungsbehörde nach § 6b Absatz 7 Satz 1 EnWG näher konkretisiert. Die Frist zur Erfüllung der Übermittlungspflicht nach § 6b Absatz 4 EnWG bleibt hiervon unberührt.

5. Ermessen

Die Landesregulierungsbehörde hat das ihr gemäß § 6b Absatz 6 Satz 1 EnWG zustehende Aufgreifermessen dahingehend ausgeübt, das vorliegende Festlegungsverfahren einzuleiten. Ausgehend von der umfangreichen Prüfungspraxis der vergangenen Jahre und Regulierungsperioden hat sich gezeigt, dass einzelne Prüfschritte in Verwaltungsverfahren durch relativ geringfügige Erweiterungen der Verpflichtungen nach § 6b EnWG beschleunigt und inhaltlich abgesichert werden können (siehe hierzu näher unter Ziffer I.).

Die inhaltliche Zweckdienlichkeit für die Verwaltungsverfahren und damit der legitime, öffentliche Zweck der einzelnen Regelungsinhalte wurden unter II.4. bereits erörtert. Diese Maßnahmen orientieren sich an den Zielen des § 1 EnWG hinsichtlich einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Strom. Die Regelungen dienen der Regulierung der Elektrizitätsnetze mit den Zielen der Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Strom und der Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Elektrizitätsversorgungsnetzen.

Die Maßnahmen sind geeignet, erforderlich und zur Verwirklichung dieser Ziele auch angemessen. Soweit lediglich eine Darlegung im Prüfungsbericht des Prüfers verlangt wird (Tenorziffer 4), hat die Landesregulierungsbehörde insofern auch auf eine Veröffentlichung von möglicherweise sensiblen Einzelangaben verzichtet. Da es sich überwiegend um Angaben handelt, die bei den Unternehmen ohnehin vorhanden sind bzw. bereits in der Vergangenheit im Rahmen von Verwaltungsverfahren vorgelegt werden mussten, liegt keine unangemessene Belastung der Unternehmen vor.

Die zusätzliche Erweiterung durch die Prüfung der entsprechenden Angaben erhöht zwar zunächst den Gesamtaufwand für die Unternehmen. Dies wird aber insofern kompensiert, als dass der unternehmerische Aufwand in den auf diesen Daten basierenden Verwaltungsverfahren und den dort geltenden Nachweispflichten verringert wird.

Soweit die Zuordnung von energiespezifischen Dienstleistungen festgelegt wird (Tenorziffer 3), handelt es sich um eine klarstellende Regelung, die sich eng am Zweck des § 6b EnWG, der Verhinderung von Quersubventionierung, orientiert. Hinsichtlich der diesbezüglichen Ermessenserwägungen wird auf die Ausführungen unter II.4.3.2.6 zum Verzicht der Regelung des Bereichs von energiespezifischen Dienstleistungen an nicht verbundene Unternehmen sowie unter II.4.4.3 zur Verhältnismäßigkeit verwiesen. Insbesondere erfolgt hier auch keine weitere Aufgliederung des Ausweises von Einzelangaben im erforderlichen Tätigkeitsabschluss. Vielmehr ergibt sich die für die Veröffentlichung maßgebliche Darlegungstiefe aus dem HGB. Die Landesregulierungsbehörde ordnet auch insoweit nicht die Aufhebung von größenabhängigen Erleichterungen an, so dass die erforderliche Aggregation von Einzelangaben erhalten bleibt.

Im Rahmen des Festlegungsverfahrens hat die Landesregulierungsbehörde auch alternative Herangehensweisen zur Erreichung der verfolgten Ziele erörtert. Hierbei kann jedoch nicht als Substitut zu den Vorgaben dieser Festlegung auf die Möglichkeit einer Personalaufstockung oder der Prozessoptimierung bei der Regulierungsbehörde verwiesen werden. Denn seitens der Regulierungsbehörde können grundsätzlich nur Angaben der betroffenen Unternehmen geprüft bzw. plausibilisiert werden. Entscheidend ist die Frage, auf welcher Datengrundlage eine solche Prüfung und Plausibilisierung der Unternehmensdaten erfolgt. Nur mit den Vorgaben nach dieser Festlegung kann eine testierte Datengrundlage geschaffen werden, die ein entsprechend höheres Maß an Zuverlässigkeit aufweist. Dies entspricht auch den Wertungen von Gesetz- und Verordnungsgeber, wonach regulatorische Verfahren zu Entgelten bzw. Erlösobergrenzen nach den Vorgaben der StromNEV und der ARegV auf testierten Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG aufbauen.

Schließlich hat die Landesregulierungsbehörde auch erörtert, ob im Rahmen von sonstigen Datenabfragen etwa nach § 32 Absatz 2 Nummer 11 ARegV die Einreichung von testierten Daten angeordnet werden könnte, hiervon aber abgesehen. Zum einen ist fraglich, ob unter den Begriff der „Form“ auch die Testierung durch einen Wirtschaftsprüfer gefasst werden kann (per Festlegung zu Umfang, Zeitpunkt und Form der zu erhebenden Daten, vgl. § 32 Absatz 1 Nummer 11 ARegV). Zum anderen hat der Gesetzgeber in § 6b Absatz 6 EnWG hier eine explizite Möglichkeit der Setzung von Prüfungsschwerpunkten sowie weiterer Vorgaben zur buchhalterischen Entflechtung vorgesehen. Letztlich hat die Regulierungsbehörde durch die Regelung in Tenorziffer 4 zur Möglichkeit, die Vorgaben durch einen gesonderten, vom Jahresabschluss getrennten Prüfungsauftrag zu erfüllen, eine entsprechende Erleichterung vorgesehen.

Die Frage, inwiefern die Umsetzungskosten der betroffenen Unternehmen anzuerkennen sind, ist einer Festlegung nach § 6b Absatz 6 EnWG nicht zugänglich.

6. Veröffentlichung

Für diese Festlegung wird die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt, § 73 Absatz 1a Satz 1 EnWG. Diese wird dadurch bewirkt, dass der verfügbare Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung sowie ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Regulierungsbehörde im Amtsblatt des Freistaates Sachsen bekannt gemacht werden, § 73 Absatz 1a Satz 2 EnWG. Die Festlegung wird zusätzlich an die Netzbetreiber im Zuständigkeitsbereich der Landesregulierungsbehörde Sachsen förmlich zugestellt, § 91 Absatz 1 Satz 4 EnWG.

Diese Festlegung gilt an dem Tag als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt des Freistaates Sachsen zwei Wochen verstrichen sind, § 73 Absatz 1a Satz 3 EnWG. Auf § 43 VwVfG i. V. m. § 1 SächsVwVfZG wird hingewiesen.

Dresden, den 26. Mai 2021

Landesregulierungsbehörde Sachsen
Kerstin Meißner
Leiterin

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist gemäß § 75 Absatz 1 EnWG die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen eines Monats ab Bekanntgabe bei der Landesregulierungsbehörde beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Wilhelm-Buck-Str. 2, 01097 Dresden (Postanschrift: Postfach 10 03 29, 01073 Dresden) einzureichen.

Es genügt jedoch, wenn sie innerhalb dieser Frist beim Beschwerdegericht, Oberlandesgericht Dresden, Postfach 12 07 32, 01008 Dresden (Hausanschrift: Ständehaus Schlossplatz 1, 01067 Dresden) oder über das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP, nähere Informationen unter <http://www.egvp.de/>) nach Maßgabe der Regelungen in § 55a Absätze 2 bis 6 VwGO in der jeweils gelten Fassung, eingeht. Die weiteren Rahmenbedingungen hierzu ergeben sich aus der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Bescheid angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angaben der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Absatz 1 EnWG).

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

3. Juni 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 